Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 70 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 259. Mittwoch, den 5. November 1919. 26. Jahrg.

Die Schuld des alten Reichstags.

Es war ein nicht ungeschickter Schachzug des früheren Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg, als er am Freitag am Schluß seiner Vernehmung darauf hinwies, daß bei der Zurückdrängung der Zivilregierung durch die Militärs, die in der Erklärung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges gipfelte, eine Kollektivschuld des gesamten Volkes insofern vorliege, als die Mehrheit des Reichstages, also die eigentliche Volksvertretung, diese Verschiebung der Machtverhältnisse im Inneren nicht nur geduldet, sondern sogar selbst gewollt habe.

Der Schachzug war nicht ungeschickt, ist jedoch leicht zu parieren. Und da die Frage von besonderer Wichtigkeit ist, ist es wohl notwendig, auf die Verteidigungs-Methode Bethmann-Hollwegs näher einzugehen. Da erkennt man, daß selbst, wenn der Reichskanzler des Weltkrieges mit seiner Behauptung recht haben sollte, seine eigene Schuld deshalb nicht geringer, sondern eher größer wird.

Zuerst muß festgestellt werden, daß es nicht wahr ist, daß der Reichstag di Meinung des deutschen Volkes genau widerspiegelte. Das „vorbildliche Reichstagswahlrecht" war eine ungeheure Lüge. Es gibt nur ein gerechtes Wahlrecht, nämlich das Verhältniswahlrecht, und dieses hat sich das deutsche Volk erst durch die Revolution des 9. November erobert. Während städtische Wahlkreise von über einer Million Einwohnern nur einen Abgeordneten — nämlich einen Sozialdemokraten — wählen konnten, entsandten zahlreiche Wahlkreise in Ostelbien mit einer zwanzigmal kleineren Bevölkerungsziffer einen konservativen Rittergutsbesitzer, in den Reichstag, und dort genossen der Vertreter der Hunderttausende von Arbeitern und der Gewählte der fünftausend mittelalterisch denkenden Bauern dieselben Rechte. Das war eine schreiende Ungerechtigkeit, aber weder die Vorgänger Bethmann-Hollwegs noch er selbst haben jemals etwas getan, um diesem Skandal ein Ende zu machen. Denn bis Kriegsausbruch waren ja die Sozialdemokraten die „vaterlandslosen Gesellen", die inneren Feinde, die man mit allen Mitteln niederhalten mußte. Wenn später Herr von Bethmann-Hollweg Bernstorff gegenüber mit einem unzweideutigen Ausdruck des Bedauerns erklärte, er wäre nicht in der Lage gewesen, eine Friedensvermittlung Wilsons im Reichstag erfolgreich zu vertreten, da nur die Sozialdemokratie dafür zu haben gewesen wäre, so hätte er hinzufügen können: „Mea maxima culpa!" (meine größte Schuld!) Aber das Problem, das hier angedeutet wird, liegt ja noch viel tiefer. Es ist die Geschichte der **planmäßig durchgeführten politischen Vertrottelung des deutschen Volkes,** die das A. und O der wilhelminischen Aera bildete. Es war ein Regieren gegen die Natur. Sinnlos war es zu glauben, daß ein Volk auf allen anderen Gebieten den anderen vorangehen könne und solle, und daß es gleichzeitig politisch ausgeschaltet bleiben müsse. Eine solche Politik läßt sich selbst mit einem analphabeten, rückständigem Bauernvolk, wie dem russischen, auf die Dauer nicht durchführen, mit dem hervorragenden deutschen Volk aber war sie der reinste Aberwitz.

Nun ist es wahr, daß dieses wilhelminische System insofern von Erfolg gekrönt wurde, als ja die deutsche Bourgeoisie trotz ihrer hervorragenden Eigenschaften und Errungenschaften auf allen Gebieten der Arbeit, sich in dieses politische Joch willig fügte. Insofern ist also die Verteidigungstheorie Bethmann-Hollwegs zum Teil richtig: **die deutsche Bourgeoisie ist schuld daran, wenn der Reichstag allmählich zu einem willen- und machtlosen Werkzeug der oberen Zehntausend wurde.**

Nun aber ist damit die Schuldlosigkeit Bethmann-Hollwegs, beziehungsweise des monarchistischen Systems, das er im entscheidenden Augenblicke der Weltgeschichte vertrat, keineswegs festgestellt. Im Gegenteil! War das deutsche Volk politisch ausgeschaltet, so waren die Anforderungen, die man an die Inhaber der politischen Macht zu stellen berechtigt war, umso größer. Und hierin liegt eben die entsetzliche Schuld des alten Systems. Während das Volk — auch die Bourgeoisie — auf allen Gebieten Hervorragendes leistete, versagte die politische Leitung erbärmlich. Die deutsche Nation erwachte aus ihrem politischen Schlaf Anfang August 1914, umringt von übermächtigen Feinden, wo sie geglaubt hatte, sich auf die Staatskunst ihrer Lenker und die verwandtschaftlichen Beziehungen ihres Monarchen verlassen zu können. Und was zwischen dem 1. August 1914 und dem Ueberhandnehmen der Militaristen — also der Erklärung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges — geschah, war nicht dazu angetan, das Vertrauen des Volkes in die Zivilregierung, in Bethmann-Hollweg zu stärken. Eine Kriegserklärung folgte der anderen, der einzige treue Bundesgenosse, für den man überhaupt in den Krieg gezogen war, Oesterreich-Ungarn, schien militärisch zu versagen, die Reichsregierung konnte sich trotz aller immer wachsenden Opfer, die das Volk bringen mußte, nicht entschließen, im Inneren die elementarsten Konzessionen, wie die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, dem Volke zu machen, sie ließ ihre treuesten Stützen von ehedem, die Agrarier, das Volk aushungern und auswuchern; kurz, sie tat nichts, um ein Vertrauen zu gewinnen, das die weltpolitischen Ereignisse allmählich vollständig untergraben hatten, wenn auch zugegeben werden muß, daß sie nicht alle den deutschen Staatsmännern zur Last gelegt werden können.

Dagegen sah das Volk mit wachsendem Staunen und immer größer werdender Bewunderung die prachtvollen Leistungen der militärischen Leitung. Freilich, auch hierin konnten sich die Deutschen von ihrer alten Denkmethode nicht völlig befreien und neigten zu sehr dazu, das Hauptverdienst an dem militärischen Siegen den Heerführern und nicht den Heeren zuzuschreiben. Immerhin, ohne die prachtvollen Leistungen des deutschen Volkes in Waffen irgendwie zu verkleinern und ohne die schweren Fehler, die auch auf militärischem Gebiete, namentlich im ersten Kriegsjahr und später vor Verdun, von der Heeresleitung begangen wurden, zu verschweigen, ohne auch die Tatsache zu übersehen, daß keiner der siegreichen Feldzüge, sogar Hindenburgs im Osten, von durchschlagendem, abgeschlossenem militärischen Erfolg gekrönt wurde, muß gesagt werden, daß das Vertrauen, das das Volk in Hindenburg und Ludendorff setzte, als diese die oberste Leitung des Heeres in die Hand bekamen, berechtigt war. Das Volk suchte eben nach einem Halt, es dürstete nach Vertrauen, und da es dieses bei der Zivilregierung nach jedem neuen diplomatischen Fehlschlag nicht finden konnte, verschrieb es sich immer mehr den Militärs. Es hatte im Spätsommer 1916 dem erstaunlichen Schauspiel beigewohnt, wie Deutschland durch das Eingreifen Rumäniens, das die Diplomaten nicht hatten verhindern können, aufs Aeußerste bedroht wurde und in wenigen Wochen durch den großartigen Feldzug auf dem Balkan gerettet wurde. Als nun dieselben großen militärischen Führer erklärten: der U-Boot-Krieg müsse gemacht werden und werde auch binnen wenigen Monaten den endgültigen Sieg herbeiführen, da ist es auch nur zu natürlich, daß weite Kreise mehr auf das Wort Ludendorffs als auf jenes Bethmanns gaben. Doch war das Volk als solches nicht in der Lage, die Dinge bis in ihre äußersten Konsequenzen zu durchschauen. Das wäre eben die Aufgabe des Reichstages gewesen, und hierin haben sämtliche bürgerlichen Parteien der Volksvertretung, vor allem das Zentrum, völlig versagt. Das ist die Lehre dieses für Deutschland furchtbaren Abschlusses der Weltgeschichte. Bethmann hat zwar die Wahrheit ausgesprochen, aber nur eine Wahrheit, die ihn und das System, das er verkörperte, umso mehr belastet.

Am deutschen Volk wird es eben liegen, durch Abkehr von diesen schuldigen bürgerlichen Parteien, daß es in Zukunft zu einer Wiederholung dieser Tragödie nicht komme.

B. S.

Bethmann Hollweg im Verhör.

(Fünfte öffentliche Sitzung.

Berlin, 4. November.

Der zweite Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses setzte heute nach dreitägiger Pause die Verhandlungen fort.

Vorsitzender Warmuth eröffnete die Verhandlungen um 10½ Uhr und vereidigte zunächst den früheren deutschen Gesandten in Bern, v. Romberg, der als Sachverständiger vernommen werden soll. Darauf wurde mit der Vernehmung des früheren Reichskanzlers **v. Bethmann Hollweg fortgefahren.**

Vorsitzender Warmuth richtete eine Reihe von Fragen an Herrn v. Bethmann Hollweg und bat ihn, seine Aussagen vom Freitag zu ergänzen, und zwar in der Richtung, inwieweit

der Rücktritt Bryans

die Auffassung des Reichskanzlers über Wilsons Friedensabsichten beeinflußt habe, ob an den Botschafter Gerard konkrete Friedensbedingungen mitgeteilt wurden, und ob der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern, Burian, über die Friedensaktion unterrichtet worden sei.

v. Bethmann Hollweg: Der Rücktritt Bryans ist selbstverständlich unter den politischen Umständen, unter denen er erfolgte, von mir nach jeder Richtung hin beobachtet worden. Sein Eindruck auf mich hat lediglich die Skepsis, die sich im weiteren Verlauf gebildet hat, noch bestärkt. Was die Mitteilung konkreter Friedensbedingungen an Gerard anbelangt, so habe ich schon erklärt, daß ich ihm konkrete Friedensbedingungen niemals mitgegeben habe. Dazu lag für mich keine Veranlassung vor. In meinen häufigen Gesprächen mit Gerard habe ich ihm in allgemeinen über meine Auffassung, über etwaige Friedensbedingungen und meine Stellungnahme zum Friedensprogramm, die ja aufgestellt worden sind, nicht im unklaren gelassen. Ich glaubte nicht, daß Botschafter Gerard bei allem, was ich ihm gesagt habe, jemals etwas anderes hat entnehmen können, als daß die Friedensbedingungen, die mir vorschwebten, durchaus maßvoll gewesen sind. Selbstverständlich ist bei meinen wiederholten Unterredungen mit Burian sowie mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin über Friedensmöglichkeiten auch die Eventualität eines Friedensschrittes durch Wilson erörtert worden. Burian erschien Wilsons Tätigkeit wegen seiner offenbaren Hinneigung zur Entente wenig wünschenswert.

Abg. Sinzheimer: Ist Burian mitgeteilt worden, daß Graf Bernstorff instruiert wurde, einen Friedensappell Wilsons herbeizuführen?

v. Bethmann Hollweg: Ich mache darauf aufmerksam, daß auch Bundesgenossen gegenüber solche Erörterungen über die Ausführung dessen, was wir erstrebten, nicht gebräuchlich zu sein pflegen. Mir scheint das Entscheidende zu sein, daß **Burian nach unseren Unterredungen völlig im klaren darüber sein mußte, daß uns und der deutschen Politik ein Friedensappell erwünscht war.**

An diese Bemerkungen schloß Bethmann Hollweg einige allgemeine Ausführungen, die weniger an die Verhandlungen im Ausschuß, als vielmehr an die Kommentare anknüpften, die inzwischen in der Presse über die erste Vernehmung Bethmanns erschienen sind. Er fühlt sich hauptsächlich getroffen durch den Vorwurf, eine unzulässige Doppelaktion, also ein

doppeltes Spiel

getrieben zu haben, und mit der Gereiztheit, die man von früher her an ihm kennt, wehrte er sich gegen diesen Verdacht. Obwohl er auch diese Ausführungen nach einem fertigen Manuskript verlas, unterstrich er sie wiederholt durch erregte Gesten und verschiedentliche ungeduldige Schläge auf das grüne Tuch des Tisches: Der Vorwurf eines illoyalen Doppelspiels würde mich höchstens dann treffen, wenn ich gleichzeitig an dem U-Boot-Krieg gearbeitet hätte. Aber das habe ich nicht getan. **Meine Arbeit an der Friedensaktion ist darauf gerichtet gewesen, den drohenden U-Boot-Krieg durch Herbeiführung einer rechtzeitigen Friedensaktion unnötig zu machen.** Es lag folgende Situation vor: Unser Friedensangebot war in Formen abgelehnt worden, die uns zu der Ueberzeugung bringen mußten, daß die Entente auch auf Wilsons Friedensnote eine ähnliche Antwort geben würde, so daß **keine Verhandlungsbereitschaft der Entente in absehbarer Zeit bestand. Die Antwort der Entente vom 12. Januar auf die Wilsonsche Note beweist die Richtigkeit dieser Auffassung.** War aber die Situation so beschaffen so hatten wir jetzt volle Aktionsfreiheit und mußten sie haben, wenn wir überhaupt noch eine selbständige Rolle in diesem Kriege spielen wollten. Zog unsere Oberste Heeresleitung aus der Nichtbereitschaft der Feinde die Schlüsse, von denen ich am Freitag gesprochen habe, und ermöglichten mir die Umstände nicht, den U-Boot-Krieg zu verhindern, so war das eine logische Folge der Ereignisse, aber kein Doppelspiel.

Professor Hoetzsch: Ist die Reise des Botschafters Gerard im September 1916 von Euer Exellenz als Friedensmission nach Amerika benutzt worden?

v. Bethmann Hollweg: Als mir Gerard seine Absicht mitteilte, nach Amerika zu reisen, habe ich ihm gesagt: „Gewiß, **wenn Ihr Präsident schleunigst einen Friedensappell an die Kriegführenden richten würde, so wäre mir das sehr angenehm!"** Im diplomatischen Verkehr, und besonders im Verkehr mit dem Botschafter einer fremden Macht, die uns schon vorher in manke Ungelegenheit gestürzt hatte, kann man nicht anders handeln.

Zu einer Gegenüberstellung des Grafen Bernstorff und des früheren Reichskanzlers kam es aus Anlaß einer Frage des Sachverständigen Professor Hoetzsch, ob der Botschafter Gerard über die Absichten seiner Regierung nicht genügend unterrichtet gewesen sei. Hierzu erklärten beide übereinstimmend, daß Gerard bis zum Antritt seiner Reise nach Amerika nicht unterrichtet war. Bethmann Hollweg fügte noch hinzu, daß ihm Gerard auf seine Frage geradezu mit einem gewissen Ton des Vorwurfs gegen seine Regierung geantwortet habe: „Ich habe keinerlei Information."

Die Verhandlung wandte sich darauf der

Vernehmung des Staatssekretärs a. D. Zimmermann

zu. Vorsitzender Warmuth: Nach Mitteilung der „Vossischen Zeitung" **erklärten Sie in einer vertraulichen Besprechung mit der Presse, daß wir unser Friedensangebot vom 12. September erlassen hätten, um einer Aktion Wilsons zuvorzukommen.**

Zimmermann: Es kam mir darauf an, daß die deutsche Presse und das deutsche Volk möglichst geschlossen hinter die Aktion der Regierung treten möchten. Nur zu diesem Zweck bediente ich mich damals dieser Wendung.

Auf weitere Fragen des Abgeordneten Gothein und des Reichsministers Dr. David erklärte Zimmermann, daß er dem Friedensschritt Wilsons den Vorzug gegeben hätte; daß Wilson aber so lange zögerte, daß er sich nicht wundern konnte, wenn wir uns zu eigenen Schritten entschlossen. Die Ausführungen, die er vor der Pressekonferenz gemacht habe, seien lediglich taktischen Erwägungen entsprungen

Ueber diese Frage wurde Verlagsdirektor Georg Bernhard vernommen, der unter Eid aussagte, er habe bei der fraglichen Presse-Besprechung den Eindruck gewonnen, daß der Staatssekretär der Auffassung war, daß aus irgendeinem Deutschland ungünstigen Grunde Wilson die Friedensaktion vorhabe, und daß wir, um diese zu verhindern, das deutsche Friedensangebot machten. Erst später, nach der Rückkehr Bernstorffs, habe er, Bernhard, erfahren, daß Wilson eine solche Friedensaktion auf unsere Veranlassung vornehmen wollte. Er sei dann aufs höchste über den Doppelsinn der Mitteilung des Staatssekretärs erschreckt gewesen.

Die Sprache kam nunmehr auf die

Deportation der belgischen Arbeiter.

Zimmermann sowohl wie Bethmann Hollweg erklärten, daß ihnen **vom politischen Standpunkte aus die Deportation im höchsten Grade unerwünscht** gewesen sei; sie seien aber als militärische Notwendigkeit begründet worden, um das Hindenburgprogramm ausführen zu können.

Bethmann Hollweg führte weiter aus, er habe selbstverständlich gewünscht, daß unser Friedensangebot und die Wilsonsche Aktion nicht durch andere Vorkommnisse des Krieges durchkreuzt wurden. Er fuhr unter starker Bewegung fort: Wollen wir immer nur von eigenen Sünden und völkerrechtlichen Anomalien sprechen, wo wir einer völkerrechtlichen Anomalie gegenüberstehen, wie der Blockade durch England, wodurch unser Volk auf Generationen verelendet wurde?

Nachdem schließlich die deutsch-österreichischen Friedensbedingungen zur Sprache gekommen waren, **wurde die Verhandlung auf Mittwoch vormittag 10 Uhr vertagt.**

Die neuen Forderungen der Entente.

Montag abend ist der deutschen Friedensdelegation in Paris die Antwort des Obersten Rates übersandt worden. Nach einer Meldung des „W.T.-B." — der volle Wortlaut der Note liegt uns noch nicht vor — wird in der Antwortnote ausgeführt, daß, da drei der alliierten und assoziierten Großmächte den Vertrag ratifiziert haben, der in den Schlußbestimmungen des Friedensvertrages vorgesehene Zeitpunkt zur Aufstellung des ersten Protokolls gekommen sei. Die deutsche Regierung wird gebeten, daran teilnehmen zu wollen. Da jedoch von diesem Tage an der Vertrag in Kraft trete und die Fristen laufen, so habe der Oberste Rat beschlossen, **das Protokoll erst dann aufzustellen, wenn die Ausführung der Deutschland durch das Waffenstillstand-Abkommen übertragenen Verpflichtungen genau in einem zweiten Protokoll präzisiert sei.** Deutschland habe aber eine Anzahl der ihm auferlegten Verpflichtungen nicht erfüllt. Es seien noch Lokomotiven und Waren zu liefern. Die auf russischem Gebiet befindlichen Truppen sind noch nicht zurückgezogen. Das vollständige Verzeichnis der von den Deutschen beschlagnahmten Werte und Gelder sei noch nicht übergeben. Man habe die deutschen Schiffe in Scapa Flow zerstört. Auch in anderen Punkten, die im Einzelnen aufgezählt werden, habe Deutschland seine Pflicht nicht oder nicht völlig erfüllt. Der Oberste Rat habe infolgedessen eine Reihe von Strafbestimmungen aufgestellt, darunter die **Auslieferung von 5 leichten Kreuzern und 400 000 Tonnen an schwimmenden Docks, Kränen, Schleppern und Baggern.** Auch soll die Besatzung der in Scapa Flow versenkten Kriegsschiffe zurückbehalten werden. Für den Fall der Weigerung werden **Zwangsmaßnahmen angedroht.** Schließlich wird die deutsche Regierung aufgefordert, bis zum 10. November bevollmächtigte Vertreter nach Paris zu entsenden, die mit den Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte die mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages erforderlich werdenden Uebergangsbestimmungen für die Abstimmungsgebiete usw. zu regeln haben.

Wenn der Wortlaut der Note sinngemäß wiedergegeben ist, so enthält sie keinerlei Ueberraschung. Aus den Meldungen der Entente-Presse war schon bekannt geworden daß die Entente mit Forderungen dieser Art kommen würde. Der Oberste Rat, in dem Clemenceau, Foch und Lloyd George den Ton angeben, will auch das Letzte aus Deutschland herausholen, damit es niemals wieder auf die Beine kommt.

Wilhelm der Kleine.

In letzter Zeit bekunden gewisse nationalistische Kreise das eifrige Bestreben, den früheren Kronprinzen dem deutschen Volke als einen Mann darzustellen, der stets beflissen gewesen sei, den Frieden zu fördern und den Annexionswahnsinn nicht mitzumachen. Kurz, als einen Mann, der kein Wässerchen trüben konnte. Aus wenigen Depeschen, die jetzt dem „Vorwärts" übermittelt sind, geht aber hervor, daß gerade Wilhelm der Kleine sein redlich Teil dazu beigetragen hat, die unerhörte Hetze mitzumachen, die von den militärischen Gewalthabern gegen Bethmann entfacht wurde, um dessen Friedensbemühungen zu hintertreiben. Aus Bethmanns Bekundungen vor dem Untersuchungsausschuß weiß man, wie sehr ihm zugesetzt wurde, wie man versuchte, ihm immer wieder in den Arm zu fallen. Und Wilhelm der Kleine ist sogar einer der ärgsten Kriegstreiber gewesen. So drahtete er, der bekanntlich neben der großen Klappe von seinem Vater auch die Lust zum Telegraphieren geerbt hat, am 26. Februar 1915 dem damaligen Kanzler Bethmann Hollweg:

> Der Artikel in der „Nordd. Allg. Ztg." betreffend die Besprechung der Kriegsziele war bedauerlich. Ob es zeitgemäß ist, schon jetzt über Kriegsziele zu schreiben, ist Ansichtssache. Unterbindet die Zensur die Diskussion dieser Frage, so darf selbstverständlich niemand in der Angelegenheit schreiben; leider ist das Gegenteil der Fall. **Hetzmacher und weltfremde Idioten schreiben ungehindert spaltenlangen Blödsinn.** Ich verweise auf Schriften der Professoren Lissi und Delbrück. Was dem einen recht, ist dem andern billig. Entweder dürfen alle beide schreiben oder niemand. So denkt das deutsche Volk über die Angelegenheit und alle, die wir hier vor dem Feinde stehen.

Von diesen „weltfremden Idioten" scheint Delbrück, Bethmanns geistiger Paladin, dem unternehmungslustigen Hohenzollern ganz besonders mißfallen zu haben, denn er telegraphiert am 20. Dezember 1914, und zwar diesmal an Wilhelm den Vater:

> Professor Delbrück in Berlin hat in den Preußischen Jahrbüchern einen unerhörten Aufsatz geschrieben. Er hat darin eine ganz gemeine vaterlandslose Gesinnung dokumentiert. Ich bitte Dich dringend, **diesen Kerl von der Universität entfernen** zu lassen. Sollte er Fürsprecher an höheren Zivilstellen finden, so ändert dieses nichts an der Tatsache.

Der alte, hohenzollernfromme Delbrück wird ob dieser ihm zugedachten Weihnachtsüberraschung heute genau so freudig überrascht sein wie über die Bezeugung seiner „vaterlandslosen Gesinnung". Delbrücks Gegenfüßler, der alldeutsch-agrarische Graf Reventlow von der „Deutschen Tageszeitung", findet dagegen um so mehr Gnade vor dem hohen Herrn. Ihm telegraphierte er am 26. Februar 1915:

> Habe mich sehr über Ihren Artikel gegen Redakteur Zimmermann gefreut. Es ist mir unerforschlich, daß es immer noch Deutsche gibt, die einen **solchen Unsinn** zusammenschreiben.

Und am gleichen Tage ergeht an Zimmermanns Brotgeber August Scherl der drahtliche Tadel:

> Finde es außerordentlich bedauerlich, daß **Ihr Redakteur** Z. in seinem Artikel „Krieg, Herkunft und Ziel" einen solchen **Unsinn zusammenschreiben** durfte. Wir alle kennen nur ein Ziel, das heißt: „Nieder mit England!"

Mit dergleichen „Scherzen" vertrieb sich der große „Heerführer" und Schützenjäger „vor dem Feinde" die Zeit.

Die internationale Konferenz gegen den Hunger.

Zur Teilnahme an der Internationalen Konferenz zur Bekämpfung der Teuerung in London werden etwa 150 Delegierte aus Belgien, Norwegen, Amerika, Frankreich, Italien, Deutsch-Oesterreich und Deutschland in London erwartet. Die Zusammenkunft wird bekanntlich vom englischen Komitee für den Kampf gegen die Teuerung veranstaltet, das kurz nach dem Waffenstillstand unter der Bestätigung hervorragender politischer Persönlichkeiten, wie Lord Robert Cecil, und einigen Bischöfen der anglikanischen Kirche, gebildet wurde.

Nach einer Meldung des „Telegraaf" hat die Konferenz bereits Montag begonnen. Die Presse ist nicht zugelassen (???). Am Dienstag sei über die Wirtschaftslage in den verschiedenen Ländern Europas Bericht erstattet worden.

Die internationale Konferenz für Arbeiterfragen in Washington.

Washington, 4. November. Die internationale Arbeiterkonferenz hat sich mit der Frage der Arbeitslosigkeit befaßt und beschlossen, daß die Frage der Behandlung der Arbeiter aus alliierten Ländern in den feindlichen Ländern und der feindlichen Arbeiter in den alliierten Ländern von der Kommission für Arbeitslosigkeit durchberaten werden soll.

Ein der deutschen Nationalversammlung zugegangener Nachtragsetat verlangt die Bewilligung von 750 000 Mk. zur Beschickung der internationalen Arbeiterkonferenz in Washington. Die Höhe der geforderten Summe ist in dem niedrigen Stand der Valuta und der in Amerika herrschenden Preissteigerung begründet. Eingestellt ist weiter ein Betrag von 20 000 Mk., um die nach Amerika zu entsendenden Mitglieder zu versichern.

Das Abenteuer von Fiume.

„Reuter" erfährt aus einer serbischen Quelle daß Peppino Garibaldi, der Enkel des bekannten italienischen Nationalhelden, beschlossen habe, mit 20 000 Freiwilligen gegen d'Annunzio vorzugehen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Verhaftung des früheren Reichstagsabgeordneten Pfarrer Greber durch die Franzosen.

Der bekannte Pfarrer Greber, der seinerzeit bei einer Nachwahl gegen den Zentrumskandidaten Generalleutnant Frhr. von Steinäcker in den Reichstag gewählt wurde, bei den Wahlen zur Nationalversammlung aber nicht mehr kandidierte, ist vor kurzem in einem Hunsrückdorf von den Franzosen verhaftet und in das Gefängnis zu St. Goar eingeliefert worden. Der Festsetzung liegt nach der „N. Rh. Korr." folgender Tatbestand zugrunde: Pfarrer Greber, bekannt als eifriger Gegner der Bestrebungen zur Errichtung einer rheinischen Republik, hielt in dem auf der Grenze des amerikanisch-französischen Besetzungsgebietes gelegenen Dorfe Brey mit Erlaubnis der amerikanischen Behörde eine Versammlung ab. Da das Versammlungslokal aber bereits auf französisch-besetztem Boden lag, wurde er vom französischen Kriegsgericht zu **drei Monaten Gefängnis und einer erheblichen Geldstrafe** verurteilt. Es blieb jedoch bei der bloßen Verurteilung, da Greber in der amerikanischen Zone wohnt und die Amerikaner kein Interesse daran hatten, das Urteil zu vollstrecken oder ihn auszuliefern. Als er sich indes zur Besichtigung eines zu Krankenhauszwecken bestimmten Grundstückes auf den Hunsrück wagte, wurde er auf eine Denunziation hin festgenommen und unter starker Bedeckung nach St. Goar abgeführt.

Die schwankenden Leipziger.

Die Generalversammlung der Leipziger „Unabhängigen" hatte vor kurzem bei sehr starkem Besuch den Anschluß an die 3. (Moskauer) Internationale gefordert, während die Resolution der „unabhängigen" Parteileitung, die sich für Verbleiben in der 2. Internationale aussprach, abgelehnt wurde. Der Standpunkt der Radikalen erhielt über 800, der Standpunkt der Parteileitung nur etwa 500 Stimmen. Die Parteileitung hat nun aber ihre Resolution einer Urabstimmung der Leipziger Mitglieder unterbreitet, und die „Freiheit" meldet jetzt mit großer Freude, daß bei etwa 6000 Abstimmenden die Resolution der Parteileitung mit etwa 300 Stimmen Mehrheit angenommen worden sei. Ueberwältigend ist diese Mehrheit zwar nicht, aber der Unterschied gegen die Abstimmung der Parteiversammlung bestätigt die alte Erfahrung, daß der Radikalismus — gerade umgekehrt, wie er behauptet — meist nicht den breiten Mitgliedermassen, sondern in den engeren Parteikonventikeln wurzelt.

Ein Sieg der Freiheit in Bayern.

Die bayerische sozialdemokratische Presse verzeichnet mit Genugtuung, daß die obrigkeitliche Reglementierung der Revolutionsfeiern in Bayern nunmehr unterbleiben wird. Die „Münchener Post" kündigt übrigens auch die baldige Aufhebung des Belagerungszustandes an.

Gleiche Brüder.

„Ran an die Futterkrippe!" Unter dieser Spitzmarke findet man seit Monaten in der rechtsstehenden Presse die Meldungen über die Berufung von Parteigenossen in irgendwelche Reichs- oder Landesbehörden. Diese Methode macht Schule. In dem „unabhängigen" Halleschen „Volksblatt" lesen wir:

> „Noske-Sozialist sein, ist von Vorteil. Die Einsetzung von Rechtssozialisten in leitende Stellen des Reiches und Preußens hat auch in den Monaten September und Oktober weitere Fortschritte gemacht. In Preußen wurden bis zum 15. ds. Mts. 145 Rechtssozialisten in ministerielle und landrätliche Stellen durch Ernennung gebracht."

Was soll man dazu sagen? Fortgesetzt schreien die Radikalinskis und schimpfen darüber, daß angeblich alles noch beim alten ist, daß immer noch die Geheimräte regieren usw. Geht die Regierung aber dazu über, den Verwaltungsapparat mit sozialistischem Geist zu erfüllen, dann eröffnet diese Gesellschaft eine Polemik, die mit Sachlichkeit und Anständigkeit nichts mehr gemein hat.

Sie sind einander wert, die Volksverderber von rechts und die von links.

Höherer Blödsinn.

„... Der Parlamentarismus ist das System des — Vertretens. Das Proletariat muß es aber ablehnen, seine Interessen fortgesetzt durch Vertreter wahrnehmen zu lassen." So und nicht anders steht es in der Duisburger „Freiheit" zu lesen. Einen derartigen Unsinn wird man wohl selten zu Gesicht bekommen. Wenn Karl Liebknecht oder Rosa Luxemburg dieses Geistesprodukt eines ihrer Schüler zu Gesicht bekommen könnten, so würden sie sich im Grabe umdrehen. Im übrigen aber hinderte dieser Standpunkt die Duisburger Kommunisten durchaus nicht, drei Vertreter ins Stadtparlament zu entsenden und sich fortgesetzt als „Vertreter" des revolutionären Proletariats zu bezeichnen.

Schieber sind Landesverräter.

Die Belegschaft der Zeche „Glückauf-Segen" in Hoerde beschloß einstimmig eine Entschließung an die Reichsregierung, in der verlangt wird, daß Wucherer und Schieber als Landesverräter vom Kriegsgericht abgeurteilt werden. Geschehe das nicht bald, so sei mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die schwer ausgebeuteten und betrogenen Bergarbeiter zur Selbsthilfe schreiten.

Die neuen Marine-Flaggen.

Das Marine-Verordnungsblatt bringt einen Erlaß über die Flagge des Reichspräsidenten. Sie trägt die Reichsfarben mit dem Adlerschild in der Mitte. Die Flagge des Reichswehrministers wird die Reichsfarben mit dem Eisernen Kreuz in der Mitte tragen. In das bisherige Muster der Reichskriegsflagge wurde in die Mitte der neue Reichsadler und in die innere obere Ecke die neuen Reichsfarben mit dem Eisernen Kreuz aufgenommen. Der Zeitpunkt der Einführung der neuen Reichskriegsflagge bleibt vorbehalten.

Kleine politische Nachrichten.

In einem Nachtragsetat, der der Nationalversammlung zugegangen ist, werden erstmalig 300 000 Mark für die Einrichtung der Landesfinanzämter und der Finanzämter gefordert.

Der Abgeordnete der Nationalversammlung Wilhelm Dusche von der Deutschen Volkspartei ist vom Minister Schlide gebeten worden, sich dem Arbeitsministerium als Berater und Sachverständiger in landwirtschaftlichen Fragen zur Verfügung zu stellen. Dusche hat diesem Rufe Folge geleistet.

Wie die „P. P. N." erfahren, ist es infolge der Einstellung des Personenverkehrs notwendig geworden, die zum 7. November anberaumte Eröffnungssitzung des Reichskohlenrates auf einen späteren vorläufig noch nicht bestimmten Termin zu verschieben.

Regierungspräsident Bitter gab auf einer Vertrauensmännerversammlung der schlesischen Zentrumspartei die Erklärung ab, daß die Verkündigung der Provinz Oberschlesien durch den Minister des Innern dicht bevorstehe.

Das Verbot der alldeutschen „Deutschen Tageszeitung" ist wieder aufgehoben worden.

Wie die „P. P. N." erfahren, hat der ungarische Minister des Innern auf die Entdeckung des Mörders von Tisza einen Preis von 30 000 Kr. ausgesetzt.

Die Beschäftigung von Ausländern auf englischen Schiffen ist durch eine Abänderung des Fremdengesetzes vollständig neu geregelt worden.

Oesterreich.

Vom österreichischen Parteitag.

Der sozialistische Parteitag in Wien, der übrigens Montag seine Arbeiten beendet hat, wies den Entwurf des neuen Organisationsstatut einer Kommission zu. Ueber das wirtschaftliche und soziale Aktionsprogramm berichtete Otto Bauer. Er führte einleitend aus, daß Oesterreich unter den heutigen Verhältnissen den Sozialismus nicht vollziehen könne. Das Aktionsprogramm bezeichne angesichts des Mißverhältnisses zwischen Produktion und Verbrauch, Ausfuhrfähigkeit und Einfuhrbedarf als die **nächste Aufgabe Förderung der österreichischen Produktion. Die Betriebsräte seien in engster Verbindung mit den Gewerkschaften zu schulen,** damit sie auf die Leitung der Betriebe Einfluß erlangen könnten in dem Maße, als die Arbeiterschaft und die Betriebsräte an der Leitung der Betriebe Anteil erlangen. Die Finanzreform ist sofort in Angriff zu nehmen auf Grund einer großen einmaligen Vermögensabgabe. Gold, Juwelen, ausländische Wertpapiere sind vom Staate einzufordern, ebenso wie Gratisaktien, Hypotheken und Pfandbriefe zur Fundierung des ausländischen Kredits zu verwerten seien. Das Aktionsprogramm fordert weiter den Abbau der zentralen Bewirtschaftung unter der bestimmten Voraussetzung, die Entwicklung neuer Industriezweige mit gemeinwirtschaftlichem Charakter zu unterstützen.

Einstimmig wurde die von Friedrich Adler beantragte Entschließung angenommen, in der die Stellungnahme der sozialistischen Partei zur Internationale umschrieben wird. Unter der Warnung vor übereilten Schritten auf internationalem Gebiet wird der Parteivorstand ermächtigt, den Genfer Kongreß zu beschicken, und gleichzeitig beauftragt, das Brüsseler Bureau zu ersuchen, daß dieser Kongreß mindestens ein halbes Jahr vertagt werde, da dadurch die Gewähr fruchtbarer Arbeit bedeutend gesteigert würde. Der Parteitag nahm ferner eine Sympathiekundgebung für das vom Imperialismus bedrängte Sowjet-Rußland sowie Kundgebungen gegen die Ausschreitungen des weißen Terrors in Ungarn und für die Befreiung der Kriegsgefangenen an.

Schweden.

Der schwedische Fischhandel gegen Fischeinkäufe durch Ausländer.

Die Handelskammer in Göteborg hat bei dem schwedischen Kommerzkollegium Protest gegen das Recht der Ausländer eingelegt, während der Heringsfischerei Fischeinkäufe vorzunehmen. Schweden verliere dadurch eine große Steuereinnahme, ohne daß der Verlust durch ähnliche Rechte im Ausland ausgeglichen wird.

England.

Arbeitersieg bei den Gemeindewahlen.

Der „Telegraaf" meldet aus London, daß die Arbeiterpartei bei den dortigen Gemeinderatswahlen nach den letzten vorliegenden Berichten 358 Sitze eroberte. Die Konservativen erhielten 385, die Liberalen nur 65 Sitze. In der Provinz errang nach der „Daily Mail" die Arbeiterpartei bereits 170 Sitze. Bekannte Führer der Arbeiterpartei ziehen aus den großen Erfolgen der Partei bei den Gemeindewahlen in ganz England den Schluß, daß die Arbeiter bei den nächsten Parlamentswahlen wahrscheinlich die Regierungsmacht bekommen.

Konflikt zwischen der Regierung und den Gewerkschaften.

Die Gesetzesvorlage zur Verhinderung von Streiks, die die Regierung dem Unterhaus vorlegen will, droht zu einem neuen schweren Zusammenstoß zwischen Regierung und den Gewerkschaften zu führen. Es ist bereits eine Spezialkonferenz der betroffenen Gewerkschaften auf Mittwoch zur Erwägung der Lage zusammenberufen worden.

Dienstverweigerung in der Marine.

Von den für die Ostsee bestimmten Kriegsschiffen sind 50 Matrosen als Deserteure verhaftet worden. In einer Zuschrift an die „Daily News" weist die Mannschaft der ersten Torpedojägerflottille darauf hin, daß es sich um keine gewöhnlichen Deserteure, sondern um Matrosen mit einer gerechten Beschwerde gegen die Admiralität handele: „Man hat dem Publikum versichert, alle Leute, die gegen Rußland dienten, seien Freiwillige, was unwahr ist. Die Mehrheit der obengenannten Mannschaften hat während der ganzen fünf Kriegsjahre gedient und, ohne zu klagen, Schweres durchgemacht. Wir halten deshalb dafür, daß wir genug gekämpft haben, ohne auszufahren, um eine Nation zu bekämpfen, gegen die wir nie Krieg erklärt haben". Es handelt sich also um eine bewußte Dienstverweigerung.

Vereinigte Staaten.

Der Bergarbeiterstreik.

Nach den letzten Meldungen aus Newyork schätzt man dort jetzt die Zahl der streikenden Bergarbeiter auf 735 000, während 100 000 bis 200 000 noch weiterarbeiten. Alle gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter hatten bereits am Sonnabend die Arbeit niedergelegt. Die Unterbindung der Rede- und Versammlungsfreiheit durch die Regierung wollen sich die Arbeiter nicht gefallen lassen. Die Arbeiterföderation des Staates Pennsylvania hat beschlossen, ihren ausführenden Rat zu ermächtigen, nötigenfalls zur Verteidigung des Rechtes der freien Rede und Versammlung den Generalstreik zu erklären.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 5. November

Die Revolutionsfeier 1919.

findet am Sonntag, dem 9. November in folgender Weise statt:
Vormittags 11 Uhr:

Festversammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses unter Mitwirkung des Chorvereins. Als Redner war der Oberbürgermeister der Stadt Magdeburg, Genosse Hermann Beims, M. d. N., gewonnen worden. Sollte er wegen der Bahnsperre nicht eintreffen können, wird Genosse Otto Friedrich das Referat übernehmen.

Abends von 7 Uhr an: Künstlerischer Unterhaltungsabend im großen Saale des Gewerkschaftshauses, unter Mitwirkung des Chorvereins, der Opernsängerin Frl. Sonnenberg und der Herren Liszewsky und Dr. Kroug vom Stadttheater in Lübeck.

Weiter wird eine Ansprache vom Genossen Bromme gehalten werden.

Eine Diskussion der Referates in der Vormittagsversammlung wird nicht stattfinden.

Für die Abendveranstaltung sind von Freitag an Karten (für Mitglieder und deren Frauen — gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches — 1 Mk.; für Nichtmitglieder 2 Mk.) an den bekannten Stellen (Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Lübecker Volksbote und bei den Distriktsführern) zu haben. Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt. Jugendliche haben sich der größten Ruhe zu befleißigen. Auch an der Abendkasse am Sonntag müssen Mitglieder ihr Mitgliedsbuch vorzeigen, um eine Karte zu 1 Mk. zu erhalten.

Novemberstürme.

Es war November 1918. Auf mehr als vier Jahre grauenvollsten Krieges war der Zusammenbruch Deutschlands und seiner Verbündeten erfolgt. Die Lutschlösser der alldeutschen Welteroberer versanken in das Nichts, aus dem Toren und Volksverderber sie unheilbringend hervorgezaubert hatten. Am politischen Himmel zuckten die Blitze und grollte der Donner, Vernichtung ankündend. Vernichtung dem deutschen Volke, Vernichtung aber vor allem denjenigen, die mit schwerster Schuld beladen. Dazu gehörten in erster Linie die Träger des alten Obrigkeitsstaates, die Fürsten und Fürstenknechte aller Art, die bisher die Macht in Händen hatten und sie zur Vergewaltigung anderer anwandten.

Der Auflösung an den Fronten folgte im Sturmschritte der Zusammenbruch im Innern. In Kiel begann der Brand der alten Monarchie. Marinemannschaften, müde des zermürbenden Dienstes der ungerechten Behandlung und der entsprechenden Verpflegung, schüttelten das drückende Joch von sich. Das Feuer ergriff dann als zweite Stadt das alte Lübeck! Bald stand das ganze Reich in Flammen. An anderer Stelle wird noch einmal ausführlich geschildert, wie hier der Gang der Ereignisse in unserer Stadt war.

Die Arbeiter und Soldaten, die breiten Volksschichten, welche bisher auch in Lübeck von einer kleinen bevorrechteten Minderheit beherrscht wurden, nahmen nun ihre Geschicke selbst in die Hand sie befreiten sich von der sie entehrenden Vormundschaft und machten das Wort Fichtes wahr: „Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.“ Noch bis zuletzt hatte der alte Rat und die Mehrheit des Vierklassenparlaments es versucht, wenigstens einen Teil seiner Privilegien zu retten. Die Novemberstürme räumten jedoch endgültig damit auf, sie machten die Bahn frei für alle Tüchtigen, einerlei, welchen Geschlechts. Auch die Ratsstube, die sonst nur von siebenmal Gesiebten betreten werden durfte, öffnete sich den Söhnen des werktätigen Volkes.

In das alte Lübeck zog ein neuer Geist. Noch erfüllt er es nicht ganz, noch ist eine nicht unerhebliche Minderheit vorhanden, welche die Novemberereignisse am liebsten mit einem Strich beseitigen möchte. Mit den alten Mitteln der Unwahrheit und Lüge wird offen und versteckt gegen die neue Ordnung gearbeitet. Die Schäden, welche Folge des verlorenen Krieges und der früheren Wirtschaft sind, sie werden auf das Konto der Revolution gesetzt. Aber diese Maulwurfs- und Haluukentätigkeit wird und muß vergeblich sein. Lebensunfähiges läßt sich eben nicht wieder lebendig machen.

Novemberstürme sind rauh. Sie künden den nahen Winter an. Nur Toren können der Meinung sein, daß auf den November gleich der Mai folgt. Erst muß der Winter mit seinem Eis und Schnee, mit seinen dunklen Tagen und langen Nächten vorbei sein. Auch die Novemberstürme der Revolution von 1918 brachten nicht sofort die ersehnte, sonnige, glückliche Zeit des Völkerfrühlings. Aber sie sind seine Vorboten. Wir haben nun die Aufgabe und die Pflicht, dafür zu sorgen, daß rechtzeitig alles getan wird, was zu seinem festlichen Einzug notwendig ist.

Die Agitation der Lübecker Kommunisten

wird begreiflicherweise unterirdisch betrieben, wie das überall der Fall ist. Wir als Sozialdemokraten, denen das Interesse der Arbeiterschaft vor allem am Herzen liegt, müssen dieser Bewegung um deswillen größte Aufmerksamkeit schenken, weil die Kommunisten durch ihre Pläne nicht nur die Organisationen der Arbeiter zerstören wollen, sondern mit ihrer ganzen Tätigkeit in letzter Linie nur den Reaktionären von rechts zugute kommt.

Die Gewerkschaften sind den Kommunisten ein besonders großer Dorn im Auge. Das ergibt sich klar aus der Stellungnahme des kommunistischen Bezirksvorstandes für den hiesigen Bezirk, der erklärt hat, die Gewerkschaften seien konterrevolutionär und müßten deshalb auf das schärfste bekämpft werden. Die Taktik, die man in diesem Kampfe einschlagen will, ist folgende: Da eine Reformierung der Gewerkschaften von innen heraus nicht möglich ist, sollen die Kommunisten aus ihnen ausscheiden. Dies soll jedoch nur geschehen, wo eine Massenaktion möglich ist. Wo die Existenz des Einzelnen durch den Austritt aus den Gewerkschaften bedroht ist, bleiben sie in den Gewerkschaften, um sie zu zerstören.

Es ist notwendig, daß die Arbeiter in den großen Betrieben, die nicht selten den spartakistischen Wortheiden nachlaufen, hierüber unterrichtet sind. Mit der Zerstörung der Gewerkschaften ist den Kapitalisten der größte Dienst erwiesen, und die Arbeiter stehen den Unternehmern wehrlos gegenüber. So ist die kommunistische Gewerkschaftsfeindschaft in jeder Beziehung Arbeiterfeindschaft. In Lübeck sind Massenaustritte der Spartakisten aus den Gewerkschaften wohl nur um deswillen noch nicht erfolgt, weil hinter den Kommunisten keine Massen stehen, weil die Einsicht der Massen sie vor kommunistischen Irrwegen bewahrt. Daß aber die Zerstörungstheorie, die innere Zermürbung, in die Praxis umzusetzen versucht wird, ist gewiß. An den verständigen Arbeitern ist es, ihr entgegen zu wirken.

Den Jahrestag der Revolution gedenken die hiesigen Kommunisten an zwei Tagen, am Freitag und am Sonntag zu begehen. Für Freitag beabsichtigen sie mit Hilfe der Unabhängigen, denen sie innerlich sehr wenig freundlich gesinnt sind, und über deren Krebsgang an den verschiedenen Orten sie sich schadenfroh äußern, möglichst zahlreich auf der Straße zu erscheinen. Sie wollen zwar keinen Umzug machen, wahrscheinlich, weil er ihre Schwäche erkennen lassen würde, sondern durch einfaches Spazierengehen einer größeren Zahl demonstrieren. Anscheinend rechnen sie darauf, daß die U. S. P. sich ohne weiteres ihren Wünschen fügt. Ob sie das tun wird, ist ihre Sache. Die organisierte Arbeiterschaft Lübecks, die sich den klaren Blick für das, was ihr und unserem Volke in erster Linie nottut, um leben zu können, bewahrt hat und die Errungenschaften der Revolution, die ja jetzt auch gelegentlich von Unabhängigen anerkannt werden, vor Vernichtung zu bewahren, hat mit dieser immerhin etwas merkwürdigen „Demonstration“ nichts zu tun, sondern begeht den Jahrestag der Revolution am Sonntag in ernster, der Bedeutung des Tages angemessener Weise.

Die Verkehrssperre

tritt heute im ganzen Reiche in Kraft. Eine derartige, ins Wirtschaftsleben tief einschneidende Maßregel haben wir nur in den ersten Kriegswochen erlebt. Sie machte sich damals weniger fühlbar, weil die Läger noch gefüllt waren und die Not nur seelischen Druck auslöste. Heute, nach den langen, entbehrungsreichen Jahren wirkt die Stillegung des kaum erwachten Wirtschaftslebens um so niederdrückender. Doch hilft hiergegen keines einzelnen Widerstreben, wo das Wohl der Gesamtheit in Frage kommt. Wird der Zweck erreicht, kommen Kohlen, Kartoffeln und sonstige notwendige Bedarfsartikel ins Land, dann werden die gegenwärtigen Nachteile allerdings wieder mehr als wettgemacht und ein Fonds für die uns noch in Aussicht stehenden Wintermonate gelegt. Kopf hoch und der Wirklichkeit ins Aug' geschaut! Das hilft weiter als blindes Wüten gegen Unabänderliches oder feiges Verzagen. Wi möt hendörch! so schwer es auch fällt. Die Verkehrseinschränkung wird insbesondere im Zeitungswesen lebhaft fühlbar werden, das auf prompten Eingang seines Materials aus allen Himmelsrichtungen angewiesen ist. Post und Telegraph werden bestürmt werden, und wir fürchten, sehr oft vergeblich. Wir bitten unsere Leser, auf alles dies Rücksicht zu nehmen. Insbesondere die Postabonnenten, da für die rechtzeitige Zustellung der Zeitung weder die Post noch der Verlag des „Volksboten“ eine Garantie übernehmen kann.

Eine Vollversammlung des Arbeiterrates findet am Donnerstag, dem 13. November, abends 6 Uhr statt.

Eine öffentliche Frauenversammlung tagte am Dienstag abend im Gewerkschaftshause. Frau Reitze-Hamburg sprach über „Die Mitwirkung der Frau am Wiederaufbau Deutschlands.“ Rednerin schilderte zunächst die Entstehung der Revolution, besonders in Kiel und Hamburg. Den Bemühungen und dem Eingreifen unserer Genossen sei es zu danken, daß damals die Revolution verhältnismäßig wenig blutige Opfer gefordert hat. Prinz Max von Baden war gezwungen, die Regierung in die Hände unserer Genossen zu legen. Es war aber eine sehr schwere Aufgabe, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen, weil Deutschland einem Trümmerhaufen glich und durch die Demobilmachung Arbeitslosigkeit in ungeheurem Umfange einsetzte. Viele Frauen seien damals zu unrecht entlassen worden. Durch den Friedensvertrag würde die wirtschaftliche Not auf Jahre hinaus leider nicht von uns weichen. Das Vertrauen des Auslandes müßten wir wieder zu gewinnen suchen, denn ohne Kredit des Auslandes würden wir nie wieder hoch kommen. Wollte man die Kriegsanleihe annullieren und keine Zinsen zahlen, so müßte alles zusammenstürzen. Rednerin geht auf das Wahlrecht der Frauen ein und schildert dann die sich besonders um Frauenfragen drehenden Kämpfe in der Nationalversammlung. Ausführlich erörtert sie den Wöchnerinnenschutz und die Wöchnerinnenfürsorge, wofür besonders die Sozialdemokratie eingetreten ist. Wenn das Gesetz auch noch nicht vollkommen sei, so werde doch schon Großes geleistet. Viele Bürgerliche hätten überhaupt nichts vom Frauenwahlrecht wissen wollen. Nachdem die Frauen nun aber die langersehnten Rechte erhalten hätten, müßten sie auch ihre Pflichten erfüllen. Die Wahlen hätten gezeigt, daß die Frauen noch stark konservativ seien. Das würde nur dann anders, wenn sich die Frauen mehr als bisher organisierten und sich ebenfalls mehr am politischen Leben beteiligten. Die heute noch nicht in allen Fragen vorhandene Gleichberechtigung der Frau könne nur dadurch herbeigeführt werden, daß die Frauen, gemeinsam mit den Männern, in den Organisationen ihren Forderungen Nachdruck verliehen. Das Wohl der Gesamtheit müsse in den Vordergrund gestellt und stets maßgebend sein. (Lebhafter Beifall.) In der kurzen Aussprache wies eine Rednerin auf die Mutterliebe und auf den großen Wert der Kindererziehung durch die Mütter hin. Nachdem die Genossin Jaeckstat eine ernste Mahnung an die Frauen gerichtet hatte, mehr als bisher sich am politischen Leben zu beteiligen und vor allem die Presse zu lesen, schloß sie die leider nicht besonders stark besuchte Versammlung.

Eine tägliche Automobilverbindung Lübeck—Hamburg hat die Firma Campbausen & Torkuhl, hier, während der Eisenbahnsperre eingerichtet. Die Abfahrt von hier erfolgt morgens 7 Uhr und die Rückfahrt von Hamburg nachmittags 5 Uhr.

Schöffengericht. Likör aus Brennsprit hergestellt und verkauft zu haben, werden die Gastwirte B., B. und H. beschuldigt. Die beiden erstgenannten Angeklagten geben die Herstellung des Likörs zu; B. und H. auch den Verkauf desselben. Sie vermischten drei Liter Brennsprit mit drei Liter alkoholfreiem Getränk und drei Liter Wasser. Durch ein besonderes Verfahren wollen sie diese Mischung trinkfähig gemacht und die schädliche Wirkung des Brennsprits beseitigt haben. B. will insgesamt etwa 40 Liter Brennsprit zur Likörfabrikation verbraucht haben, während B. angeblich nur drei Liter vermischt aber nichts davon verkauft hat, weil das „Gesöff“ trübe und dick geworden war. Bei Bö., der dieses Getränk auch noch mit Pfeffermünztropfen und anderem vermischte, wurde dieser Likör gerne getrunken. Als die Beschlagnahme durch die Polizei erfolgte, baten die anwesenden Gäste, noch einmal einen Schnaps davon trinken zu dürfen. Das Gutachten des Sachverständigen geht dahin, daß Brennsprit, in erheblichen Mengen genossen, gesundheitsschädlich wirkt. Demgegenüber sagen die Verteidiger, daß jeder übermäßige Alkoholgenuß auch gesundheitsschädlich sei. Das Urteil wurde in der Sitzung am Dienstag nicht verkündet, da noch vorher die Höhe der Zollhinterziehung festgestellt werden soll. — Nach 11 Uhr elektrisches Licht gebrannt zu haben wird der Regierungspräsident a. D. Herr v. K. beschuldigt. Gegen den Strafbefehl von 20 Mk. hat er Einspruch erhoben. Billiger kommt ihm aber die Sache nicht zu stehen, denn außer 10 Mk. Strafe muß er auch die Kosten des Verfahrens tragen. — Ein Warenlager in Leinen, Wäsche, Kleidungsstücken, silbernen Messern und Gabeln, Löffeln usw. wurde bei einer Frau B. in der Gröpelgrube gefunden. Das Leinen war von der Fahrstuhlführerin Frl. Z. in einem Berliner Warenhaus gestohlen und in drei Paketen nach hier gesandt worden. Die übrigen Sachen will der Arbeiter K., als Bräutigam der Frau B., größtenteils von einem Unbekannten zur Aussteuer gekauft haben. Diebstahl kann ihm nicht nachgewiesen werden. Die Angeklagten, die polnischer Abstammung sind, erhalten: K. wegen Hehlerei sechs Wochen, Frau B. wegen Hehlerei 10 Tage und Frl. Z. wegen Diebstahls drei Wochen Gefängnis. — Allerlei Waren gestohlen hat der Kaufmann B. bei der Firma K. Der Angeklagter, der bei dieser Firma in Beschäftigung stand, will zu jener Zeit geisteskrank gewesen sein. Die Verhandlung wird ausgesetzt, um B. auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. — Ausländischen Zucker hat der Zuckerwarenhändler B. gekauft. Die Strafe beträgt zwar nur 10 Mk., aber es wird auf Einziehung des teuer bezahlten Zuckers erkannt.

Fortpflanzung und Vererbung. (Vortragswesen der Oberschulbehörde, Ernestinenschule) Von Dr. Karl Burk. 2. Abend: Das Wesen der Geschlechter. Nach der Beantwortung der Fragen nach Herkunft und Sitz des Lebens ging der Vortragende zur Betrachtung der Lebensäußerungen über. Während Empfindung, Ernährung und Bewegung die Erhaltung des Einzelwesens ermöglichen, dient die Fortpflanzung darüber hinaus der Erhaltung der Art über den Tod des Individuums hinweg. Den im Pflanzenreich verbreiteten vegetativen Vermehrungsweisen durch Zweiteilung und Knospung steht die sexuelle Vermehrung der höheren Tiere und Pflanzen gegenüber. Der Ausgangspunkt alles Lebens sind die in den männlichen und weiblichen Keimdrüsen bereiteten Samen und Eier. Die Größe der Eier hängt von der in ihnen aufgespeicherten Nährstoffmenge ab. Ihre Zahl wächst mit den Gefahren, die ihre Entwickelung bedrohen. Groß ist die Zahl bei Eingeweidewürmern und Fischen, gering bei Brutpflege treibenden Tieren oder solchen, die lebendige Junge zur Welt bringen; so erzeugt der menschliche Eierstock während eines Menschenalters nur gegen 400 Eier. Die Geschlechtsdrüsen und ihre Ausführwege bezeichnet man als primäre Merkmale. Daneben unterscheiden sich die Geschlechter durch eine Menge anderer Kennzeichen, die in keinerlei Beziehung zur Geschlechtstätigkeit stehen, es sind dies die sekundären Merkmale, die vor allem den Männchen zukommen. Diese sind vielfach im Besitze von Waffen (Horn- und Geweihbildungen, Sporen, Stacheln), besonderen Haar- und Federschmucks, eines prächtigen Farbenkleids und besonderer Duft-, Leucht- und Sinnesorgane, die das Aufsuchen der Weibchen erleichtern. Entstehung und Bedeutung dieser Organe ist vielfach noch ungeklärt, ebenso ihre Beziehungen zu den Keimrüsen. Das Studium der krankhaften Anomalien, dann die Anstellung zielbewußter Versuche, vor allem durch Kastration und Vertauschung der männlichen und weiblichen Keimdrüsen bejahen diese Beziehungen. Wir wissen heute, daß in der Jugendform beide Geschlechter nebeneinander angelegt sind. Nur ein Geschlecht kommt zur Entwickelung und läßt die entsprechenden sekundären Begleiterscheinungen zur Entfaltung kommen.

Großer Einbruchsdiebstahl in der Breiten Straße. In der Nacht zum 3. ds. Mts. sind aus einem Hause in der Breiten Straße mittelst Einbruchs eine große Menge Bett- und Leibwäsche, Hand- und Tischtücher, Steppdecken, Plümeaux, rot, mit Daunenfüllung, verschiedene wollene Decken, Herren- und Damenstrümpfe, eine Skunksgarnitur, zwei Reisekörbe und div. silberne Forken, Löffel, Mokkalöffel, Messerbrücken pp. gestohlen worden. Der größte Teil der Wäsche ist gez. E. W.

Ermittelt und festgenommen wurde ein Elektromonteur aus Carden, der seitens der Staatsanwaltschaft in Duisburg wegen Unterschlagung steckbrieflich verfolgt wurde.

Deckendiebstahl. Aus dem hiesigen Waisenhause sind am 3. d. Mts. 15 graue wollene Decken gestohlen. Die Decken sind oben und unten mit einem roten und weißen Streifen versehen. Von diesen Decken sind gez. K 19, K 20, K 21, K 22, K 47, K 48, K 49 und K 95. — In der Nacht zum 5. ds. Mts. ist von einem mit Stückgütern beladenen Wagen, der in der Beckergrube stand, ein Plan von 3 mal 5 m groß, mit der Bezeichnung Gebrüder Währer, gestohlen worden.

Weinliebhaber. In der Nacht zum 3. d. Mts. sind aus dem Keller einer hiesigen Weinhandlung 12 Flaschen Saar Riesling Sekt, 2 Flaschen Haut Sauternes, 2 Flaschen Erdener Treppchen, 18 Flaschen Nackenheimer Berg, 42 Flaschen Cognac Primier & Co. gestohlen worden.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Die Lebensmittelversorgung Hamburgs gibt nach Berichten, die von zuständiger Stelle den Pressevertretern gegeben wurden, für den Winter ein trostloseres Bild als im Vorjahre. An Kohlen mangelts wie überall, die Brotration wird von 2500 auf 2350 Gramm herabgesetzt, der Preis des Brotes auf 1,52 Mk erhöht. Die Belieferung durch die ländlichen Bezirke wird als ungenügend bezeichnet. Man hofft, die Ration für die nächsten Monate annähernd aufrechterhalten zu können. Schlimm steht es mit den Kartoffeln, die nur mangelhaft abgeliefert werden. Eine Wintereindeckung konnte das Kriegsversorgungsamt deshalb nicht vornehmen. Ihm stehen nur 120 000 Zentner Lagerware zur Verfügung, während der Wochenbedarf 75 000 Zentner erfordert. Die Hoffnung wird auf die 400 000 Zentner dänische Einfuhr gesetzt. Die Fettversorgung in In- wie Auslandsware liegt ganz im argen. Zur Verteilung kommen statt der reichsgesetzlichen Anordnung von 150 Gramm nur 100 Gramm, davon ein Fünftel Butter. Der Auslandssegen hört infolge der Valutaverschlechterung auf. Schlimm steht es mit der Fleisch- und Zuckerversorgung. Die Zuckerernte war ungünstig und viele Produktionsgebiete sind für uns verloren. An Aufstrichmitteln glaubt man 125 Gramm verteilen zu können. — Ueber große Diebstähle in den Kühlhäusern berichtete dieser Tage die Presse. Sie sollten angeblich Millionenwerte umfassen. Wie sich jetzt ergibt, handelt es sich nur um einzelne kleinere Vergehen, die trotz eifriger Bewachung nicht ganz unterbunden werden können. Man nimmt an, daß die alarmierenden Nachrichten verbreitet wurden, um neue Beunruhigungen hervorzurufen. — 600000 Mark unterschlagen. Ein seit langen Jahren bei einer hiesigen Bank angestellter Beamter hat durch Fälschungen Beträge von etwa 600 000 Mark an sich zu bringen verstanden und sich mit ihnen an Warengeschäften beteiligt.

Hamburg. Ein Lebensmittelschieber größeren Stils wird in dem angeblichen Gutsbesitzer Walter v. Sanden-Salten polizeilich gesucht, der bedeutende Summen erschwindelte und erst nach Abhebung dieser Summen verschwunden ist, vermutlich, um seine Schwindeleien in anderen Städten fortzusetzen. v. Sanden-Salten erließ in vielen Fachzeitungen Annoncen, in denen er sich zur Lieferung von Lebensmitteln größeren Umfanges anbot. Den sich meldenden Reflektanten schrieb er, sie sollten sich unter Postlagerkarte 16 in Lübeck an seinen Guisinspektor Hansen wenden. Die prompte Lieferung der bestellten Lebensmittel würde innerhalb acht Tagen erfolgen, doch wäre es Bedingung, daß die Hälfte der Summe, für die man Ware wünsche, im voraus an das Postscheckkonto des Gutsbesitzers in Hamburg gesandt würde. Natürlich gingen unendlich viele, zum Teil recht große Beträge ein, die der angebliche v. Sanden-Salten abhob und damit verschwand. Lieferung von Ware erfolgte in keinem Falle, so daß sämtliche Geldeinsender betrogen waren. — Unfall eines Hamburger Dampfers. Der Dampfer Deste aus Hamburg ist auf dem Wege von Kopenhagen bei Langö an der Südküste von Seeland aufgelaufen. Er wird vermutlich nicht ohne fremde Hilfe loskommen können.

Flensburg. Aufklärung im Abstimmungsgebiet. Um ein wirksames Agitationsmittel zur Bearbeitung und Beeinflussung der Abstimmungsberechtigten in Nordschleswig zu gewinnen, erscheint fortan eine von deutscher Seite herausgegebene Zeitung in dänischer Sprache, die sich das Ziel gesetzt hat, Aufklärung und Agitationsarbeit in deutschem Sinne zu leisten. Die erste, sechs Seiten starke Nummer dieses Extrabladet for Sonderjylland ist soeben erschienen.

Burg a. F. Sie haben es erreicht! Die hiesigen Reichsmannswahlen brachten einen vollständigen Sieg für die Bürgerlichen. Alle drei von ihnen aufgestellten Kandidaten wurden gewählt. Die Wahlbeteiligung von bürgerlicher Seite war äußerst rege, was man von der Arbeiterschaft nicht behaupten kann. Das nimmt zwar nicht wunder, wird ihnen doch von den Unabhängigen ständig gesagt: Die Mehrheitssozialisten taugen nichts, sie verraten die Interessen der Arbeiter. Leider schenkt man den Lügen der Unabhängigen Glauben. Das sind die Früchte der unabhängigen Drachensaat. — Spurlos verschwunden ist ein Eisenbahnwagen voll Kohlen, der für unser Elektrizitätswerk bestimmt war. Die letzte Spur des Wagens führte nach Eutin.

Goldberg i. Meckl. Zum Bürgermeister wurde Genosse Redakteur Peterson-Hamburg auf die Dauer von sechs Jahren gewählt.

Bremen. Ein Vertrauensvotum für Genossen Deichmann. Auf dem Verbandstag der Tabakarbeiter waren die Linksradikalen eifrig am Werke, um den bisherigen Vorsitzenden des Tabakarbeiter-Verbandes, Gen. Deichmann, „abzusägen“, weil er ihren politischen Standpunkt nicht teilte. In verschiedenster Art und Weise versuchte man gegen ihn vorzugehen. Alle Bemühungen blieben ohne Erfolg. Gen. Deichmann wurde in geheimer Abstimmung mit 89 Stimmen widergewählt, 20 weiße Zettel wurden abgegeben und 2 waren ungültig. Im Gegensatz zum Metallarbeiter-Verbandstag hat hier die Tat über die Phrase gesiegt.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck

Bekanntmachung.

Im Monat Oktober d. J. sind beim Polizeiamt folgende Sachen als gefunden eingeliefert bezw. angezeigt und nicht wieder abgefordert worden:

Mehrere Portemonnaies mit Inhalt, mehrere lose Geldbeträge, 1 Opernglas, 1 Elfenbein-Halskette, 1 Blockwagen, 1 leinenes Herrenhemd, 1 Pompadour mit Inhalt, 1 silberne Brosche, 5 Damenhandtaschen, 1 Paar schwarze Damenhandschuhe, 1 Damenschirm, 1 goldener Kneifer im Etui, 1 silbernes Armband, 1 Kiste mit 4 Rollen Leitungsdraht, 1 Paket mit Strickzeug schw. Wolle und Strumpf, 1 grauer Kinder-Pelzkragen, 1 lederne Hundepeitsche, 1 silberne Damenhandtasche mit Inhalt, 1 Granatbrosche, 1 Ruderboot. Zugelaufen 1 Hahn und 1 Henne.

Lübeck, d. 2. Novbr. 1919.

(9497) **Das Polizeiamt.**

In der Zeit vom 5. bis einschließl. 15 November d. J. verkehren auf unseren Strecken zur Beförderung von Lebensmitteln, sowie für den Arbeiter- und Schülerverkehr einige Züge, welche soweit der Platz reicht, für den Berufsverkehr freigegeben werden.

Näheres ist aus den auf den Bahnhöfen ausgehängten Bekanntmachungen zu ersehen. (9510

Lübeck, im Novbr. 1919.

Die Direktion der Eutin-Lübecker Eisenbahn-Gesellschaft.

Erbteilungshalber kommt das Grundstück Schwartauer Straße 17 in Seeretz mit 3 Wohn., Stallgebäude und Gart., am Sonnabend, d. 8. Nov. d. J., nachm. 5 Uhr, in der Gastwirtschaft von Cordts in Seeretz zum öffentlichen Aufiatz. Näh. Justizsekretär **Harders, Schwartau,** Amtsgericht, Zimmer 24. (9498

Für die vielen Geschenke und Aufmerksamkeiten zur

Silberhochzeit

danken herzlich

E. Teffel und Frau

9462) geb. **Koch.**

Verband d. Schneider Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.
Filiale Lübeck.

Am 2. November starb unser langjähriges Mitglied, der Schneider

Wilh. Stein.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 7. November, nachm. 2¾ Uhr von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt. (9509

Sammeln der Kollegen 2½ Uhr bei der Kapelle.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und Kranzspenden beim Heimgange meines lieben Mannes, sowie der Firma Franck, den Angestellten und Arbeitern, auch der Freiwilligen Feuerwehr Vorwerk, auch Herrn Pastor Arndt für seine trostreichen Worte am Sarge meinen innigsten Dank.

Frieda Schöning

9494) geb. **Hildebrandt.**

Kaufm. Lehrling
für Maschinenfabrik p. sof. gesucht. Schriftl. Angeb. u. P 4 an d. Exp. d. Bl. (9505

---

60 Ferkel u. Läufer billig zu verkaufen (9511

F. Vagt, Schwerin, Allee 127a.

Zu verk. ein Herrenpaletot (kleine Statur), ein Paar Arbeitsschuhe. (9507

Hansastraße 55 II.

Warme Füße ohne Ofen!

durch unsere molligen Hausschuhe in vielen Größen, allen Sorten und billigen Preisen.

Rudolph **Karstadt** Lübeck

Voranzeige!

Auf dem Kasernenbrink an der Fackenb. Allee:

1. großes (9520

Lübecker Volksfest

Eröffnung Sonntag, 9. Nov., nachm. 3 Uhr.

Alles Nähere besagen spät. Annoc. u. Spezialrekl.

Zu tauschen ges. 1 Militärmantel o. Ulster. (9518 Pelzerstr. 11 a I.

Gute K.-Stiefel 29 gegen 31 zu tauschen. (9499 Wakenitzmauer 1, I. rechts.

---

3 gebr. Klosetts
zu kf. ges. Angeb. u. **B 6** an die Exp. d. Bl. (9506

Verl. a. 3. 11. i. d. Königstr. e. ges. Glac.-Handsch. Abz. geg. Belohn. (9504 **E. Ritter,** Schw. Al. 166, I.

Entlaufen: Ein großer starker deutscher Schäferhund, a. d. Namen „Max" hörend. Wiederbringer, od. über den Verbleib Nachricht Gebende, erhalten gute Bel.

H. Lange, Mori
9496) 5. Stockelsdorf.

Pelzgarnituren
werden **schnell** und nach **neuesten** Formen billigst umgearbeitet. (9490

D. Wagner, Holstenstr. 8.

Glasscheiben
aller Art offeriert
O. Tauchnitz,
Glashandl., (9484
Fleischhauerstr. 35, F. 2808.

Visitenkarten
fertigt an
Friedr. Meyer & Co.

Pelz-Haus
Fr. Zimmermann
Beckergrube 50, I

bietet an als besonders vorteilhaft

große Posten
Alaskafuchs
Blaufuchs
Zobelfuchs
v. 200 Mk. an.

Skunks Canin
Blaufuchs Canin
Zobel Canin
Eleg. Kragen und Muffen
modernste Formen
Mk. 45, 60, 75, 90, 125, 160.

Leichte Pelzhüte
Mk. 45, 90, 150.

Pelzfelle, Kindergarnituren
in allen Preislagen.

Umarbeitungen
jetzt noch schnell und billig.

9489

Echtes Porzellan

ist der gesuchteste deutsche Artikel auf dem Weltmarkte.

Die Kohlenknappheit beschränkt die Produktion.

Wir sind in der glücklichen Lage, Riesenposten

Porzellan-Tafel- und Kaffeegeschirre, Teller, Tassen, Saucieren, Platten usw.

anzubieten.

Rudolph **Karstadt** Lübeck

Zentralverband der Zimmerer.
Zahlstelle Lübeck.

Versammlung
Donnerstag, d. 6. Nov., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung v. 3. Quart.
2. Abrechnung vom Stiftungsfest.
3. Bericht von der Hamburger Konferenz.
4. Bericht von der Arbeits-Bau-Genossenschaft.
5. Kartellbericht.

9508) **Der Vorstand.**

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, d. 7. Novbr., abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 11 u. 12.

Tagesordnung:
1. Kartellbericht.
2. Unsere Tariffrage.
3. Stellungnahme zum Stiftungsfest.
4. Eingänge.

Um vollzähliges u. pünktliches Erscheinen ersucht

9514) **Der Vorstand.**

Ia. wß. Schmierseife
Pfd. 1.50, wenn nicht gefällt, Geld zurück, hochschäumend, vers. 20-Pfd.-Eimer.
Gustav Paustian [z
Alt-Rahlstedt, Holst. (9491

Ad. Hübner, Uhrmach. u. Goldarbeit., **Fünfhausen 13.** Eig. Reparaturwerkstatt. 9500

Achtung! Achtung!

Reichsseitige Kleiderfürsorge!

Für die Seeleute, Küstenschiffer, Fischereimannschaften, Binnenschiffer u. Flößer

ist auf Antrag des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Abteilung Seeleute,

eine Sonderbelieferung mit Kleidung

in die Wege geleitet worden.

Nach Rückstellung eines Postens Ware für die in den folgenden Monaten aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Seeleute rc. verbleibt uns noch ein Restbestand an diversen Kleidungsartikeln, den wir an die Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes abzugeben gedenken.

Es gelangen zum Verkauf, solange der Vorrat reicht:

Anzüge, Arbeits- u. Unterkleidung.

Der Berechtigungsschein zum Bezuge der Ware ist im Bureau des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Abteilung Seeleute, **Johannisstraße 48, II. Etage,** entgegenzunehmen, woselbst auch die Verkaufsstellen zu erfahren sind. Ausweis über Berufszugehörigkeit erforderlich. (9515

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Abteilung Seeleute.

J. F. C. Voß Inh. Herm. Schubert
Wahmstraße 16. (9512

Taschenlampen — Gute Batterien
Karbidlampen, elektr. Kocher
Feuerzeuge, Gasanzünder
Straßen-Laternen, Spiritusbrenner

Ein Buch, das in keinem Arbeiterheim fehlen darf, ist:

Die Beichte einer Verlorenen.

Ein großartiges Werk voller Spannung und furchtbarer Lebenswahrheit. Das Schicksal eines jungen Mädchens, das durch unsere elenden sozialen Zustände auf Abwege geraten. Eine **Mahnung** an alle jungen Mädchen. Ein **Sündenspiegel** des **Kapitalismus.** Bisher 80 000 Stück verkauft. Sofort bestellen, da Vorrat gering. 3 Mk.

9489) **Globus-Verlag S 134, Jena 58.** [Z

Spar-Klub „Fortuna".

Am Donnerstag, den 6. November 1919

Ball

im Konzerthaus Flora.

Kassenöffnung 6 Uhr. **Anfang 7 Uhr.**
Herren 1.50 Mk. Damen 1.— Mk.

Hierzu ladet freundlichst ein

9493) **Der Vorstand.**

Adlershorst. **Jeden Donnerstag: Tanz** 9487

Gesellschaftshaus
Weisser Engel
Ratzeburg. Allee 29, Endstation d. Linie 1
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Gr. Ballmusik.
Anf. Sonntags 4½, Donnerstags 6½ Uhr.
9486

St. Jürgen-Verein
Haupt-Versammlung
10. Novbr., 8 Uhr, (9519
St. Jürgen-Gesellschaftsh.

Gesellschaftshaus Pockenhof.
Morgen Donnerstag: (9488
Gr. Tanzkränzchen.
Anf. 6 Uhr. F. Westfehling.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität"
Ortsgruppe Ratekau.

Sonntag, den 9. November:

Großer Ball

verbunden mit Verlosung im Lokale des Herrn W. Koch, „Gasthof zur Linde".
Anfang 7 Uhr.
Eintritt Herren 2, Damen 1 M.
Hierzu ladet freundlichst ein
9513) **Der Vorstand.**

---

17 Beckergrube 17
Fidele Bauernschänke.
D. 99. Besucher erhält gratis einen Zylinder.

Groß-Lübeck
E K. Diele, Beckergr. 22
Täglich ab 5 Uhr:
Unterhalt.-Konzert u. Liliputaner-Bedien.

Stadthallen-Lichtspiele.
Lübeck, Mühlenbrücke 13.
Nur noch **2** Tage:
Asta Nielsen
in ihrem Film
Nach dem Gesetz
Drama in 5 Akten.
Das Millionenmädel.
Lustspiel in 3 Akten
mit (9501
Ossi Oswalda.
Industrie- und Naturaufnahmen.

Hansa-Theater
Mittwoch: Hoheit tanzt Walzer. (9492
Donnerstag, 7 Uhr:
Hoheit tanzt Walzer
Operette von Leo Ascher.
Freit.: Die Faschingsfee.
Sonnab.: Erstaufführung.
Eine Ballnacht.
Operette von Straus.

Stadttheater Lübeck
(9502
Mittwoch, den 5. November:
8. Vorst. im Mittwochs-Ab,
Anfang 6 Uhr:
Walküre.
In 3 Akten von Richard Wagner.
Donnerstag, d. 6. Novbr.,
Der Evangelimann.
Freitag, den 7. November.
8. Vorst. im Freitag-Abonn.
Cavalleria rusticana.
Der Bajazzo.
Sonnabend, den 8. Novbr.:
Eine Nacht in Venedig.

Beilage zu Nr. 259.
26. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Mittwoch, den 5. November 1919

Zum Jahrestag der Revolution.

Die Ereignisse in Lübeck.

Von W. Bromme.

Den Tag möchte ich noch erleben, an dem ich Euch das rote Banner zum Sturm vorantragen kann."
August Bebel.

Heute, am 5. November, ist ein Jahr verflossen, seitdem in Lübeck jene Umwälzung einsetzte, die auch hier die breiten Massen der Bevölkerung zur ausschlaggebenden Macht führte. Es war am Dienstag, dem 5. November, als in den Nachmittagsstunden — von Travemünde kommend — Kieler Matrosen in der Stadt erschienen, von einem der mit Militär belegten Lokale zum anderen, von Kaserne zu Kaserne zogen, um die dort einquartierten Soldaten über die Ereignisse in Kiel zu unterrichten und zu einer Versammlung einzuladen. Im Soldatenheim in der Schmiedestraße sollte die erste Aussprache zwischen den Abgesandten der Marine und der hiesigen Garnison stattfinden.

Die Bevölkerung blickte zunächst mit recht verwunderten Augen auf alle diese Vorgänge. Daß große Ereignisse in der Luft lagen, merkte allerdings jeder einigermaßen politisch interessierte Kopf. Auch Polizei und Garnison. Das Soldatenheim und die Eingänge zur Schmiedestraße wurden deshalb abgesperrt. Es kam zu Menschenansammlungen. Und da die Räume des Soldatenheimes ohnehin nur wenige Angehörige der Truppen hätten aufnehmen können, so zogen diese bald ab und setzten sich nach der Johannisstraße zu in Bewegung, um im Gewerkschaftshause zu tagen. Das war abends gegen 6 Uhr. Die Johannisstraße war mit Soldaten angefüllt. Neugierig eilten auch wir mit den wenigen Genossen, die im Parteibureau anwesend waren, auf die Straße und gerieten am Eingange des Gewerkschaftshauses bald mit Matrosen und Lübecker Soldaten in eine Unterhaltung über die Dinge, die sich tags vorher in Kiel abgespielt hatten.

Der Saal des Gewerkschaftshauses — damals noch Massenquartier — war bald mit Truppen gefüllt. Ein Matrose nahm zuerst das Wort. Wir zogen uns zurück. Nur der Genosse Paul Franz — damals Kassenbote bei Piehl und Fehling und Vorsitzender der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, heute Mitglied des mecklenburgischen Landtages — blieb im Saale zurück. Er hatte das Wort genommen und erklärt, daß die Truppen augenscheinlich selbst nicht wüßten, was sie wollten, daß sie aber waffenlos ohnmächtig seien, die Bewegung weiter zu tragen. Zweifellos verkannten die meisten von ihnen den Ernst der Lage. Die Worte unseres Genossen waren nicht vergebens. Alsbald machte sich unter den Soldaten das Verlangen nach Waffen geltend. Wie wir hörten, hatte Genosse Franz sich einen Militärmantel geben lassen, eine Feldmütze aufgesetzt und sich unter die Soldaten gemischt, um möglichst im weiteren Verlaufe der Dinge unserer Partei nützlich zu sein. (Tatsächlich verhinderte er in der darauffolgenden Nacht einen von gewissen Unabhängigen gewünschten Beschluß, nach Hamburger Muster den „Lübecker Volksboten" mit Beschlag zu belegen. D. V.)

Die Truppen zogen gegen 8 Uhr abends nach den Kasernen, versorgten sich mit Waffen und besetzten hierauf den Bahnhof. Auf dem Bahnhofsplatze hielt ein Matrose eine Rede und forderte zur Wahl eines Soldatenrates auf, die denn auch sofort vollzogen wurde. Die Namen der Gewählten sind mir nicht mehr alle im Gedächtnis. Von der hiesigen Garnison waren es: Zeitz, Eberhardt, Rethfeldt, Ollrogge, Huber, Arndt und Richter. Dem Genossen Paul Franz war die Lebensmittelversorgung der Truppen übertragen worden. Die erste Sitzung des Soldatenrates fand im „Hotel International" statt, das zum Hauptquartier des S.-Rates bestimmt wurde. Auf Verlangen des Genossen Franz sollte Verbindung mit dem Gewerkschaftskartell und der Sozialdemokratischen Partei gesucht werden. Man sandte deshalb sofort eine Einladung an diese ab. Aber nur der Genosse Christian Thies konnte von uns an der Nachtsitzung teilnehmen. Außerdem waren einige Mitglieder der „Unabhängigen", darunter Karl Roß, daran beteiligt. Mittlerweile war die ganze Garnison zu den Aufständischen übergegangen, die sofort die Zugänge zur Stadt sicherten, da die Nachricht eingelaufen war, daß die Ratzeburger Jäger gegen Lübeck aufgeboten und bereits im Anmarsche seien. Ein Zug war nach der Strafanstalt Lauerhof gezogen, um die Freilassung der militärischen Gefangenen durchzusetzen. Bei dieser Gelegenheit waren auch 34 Schwerverbrecher mit entkommen, die aber zum größten Teile alsbald wieder dingfest gemacht werden konnten. Noch in der Nacht wurde das Postamt besetzt und die Offiziere entwaffnet. Die höheren Kommandeure wurden in den oberen Räumen des „Hotel International" interniert.

Am Mittwoch vormittag zogen Soldatenabteilungen nach den Betrieben und forderten zum Streik auf. Die größeren industriellen Werke stellten auch sofort die Arbeit ein, und die Arbeiter begaben sich in Demonstrationszügen nach dem Gewerkschaftshause, wo eine Versammlung der Arbeiter-Ausschüsse unter der Leitung der Kartellkommission tagte. Auch Mitglieder des Soldatenrates nahmen daran teil. Gleichzeitig fand daselbst eine Sitzung des Soldatenrates mit dem Vorstande des Gewerkschaftskartells und dem Polizeisenator Dr. Lienau statt. Am Nachmittag erschien folgender Aufruf in der Presse:

„An die Bevölkerung Lübecks!

Seit heute abend liegt die Macht in unserer Hand. Wir erklären hiermit, daß mit unserer Sache den Kameraden an der Front wie hier in der Heimat gedient ist. Es mußte mit den korrupten Zuständen und der Militärdiktatur von gestern aufgeräumt werden. Zweck unserer Sache ist sofortiger Waffenstillstand und Frieden. Wir bitten die Bevölkerung Lübecks, die größte Ruhe zu bewahren. Es wird von uns nichts unternommen, was den Betrieb zwecks Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens stören könnte. Es geht alles seinen alten Gang. Wir erwarten von der Bevölkerung bereitwilliges Mitwirken. Wir können feststellen, daß diese Umwandlungen der militärischen Dinge in Lübeck unblutig verlaufen sind und hoffentlich weiter so verlaufen werden. Wir warnen vor Ausschreitungen. Plünderungen und Diebstahl werden mit dem Tode bestraft. Die Lebensmittelverteilung bleibt in den Händen der Zivilverwaltung.

Lübeck, den 5. November 1918. Soldatenrat Lübeck."

Weiter wurde folgende Kundgebung angeschlagen:

An die Soldaten und die Zivilbevölkerung Lübecks!

Unsere Schicksalsstunde hat geschlagen. Die Macht ist in unserer Hand! Hört auf uns! Sammelt Euch um Eure erwählten Führer! Keine Unbesonnenheit. Ruhe und eiserne Nerven sind das Gebot der Stunde. Zeigt, daß ihr Männer seid, folgt unsern Sicherheitsordnern. Raubt und plündert nicht, es ist Eurer unwürdig und gereicht nicht zur Ehre! Zur Unterdrükkung dieser Bewegung sind Kameraden nach Lübeck entsandt. Sie werden sich uns anschließen. Alle Arbeiter sämtlicher Gewerkschaften sind auf unserer Seite und billigen unser Handeln. Nochmals: Manneszucht und Besonnenheit!

Lübeck, den 6. November 1918

Der Soldatenrat Lübecks.

Ferner wurden rote Plakate angeklebt, auf denen Todesstrafe durch standrechtliches Erschießen für Diebstahlsvergehen angedroht wurde.

Es ist tatsächlich während dieser Tage auch ein Soldat erschossen worden, dessen Name mir unbekannt geblieben ist. Ein weiteres Flugblatt wurde am Donnerstag, dem 7. November verteilt. Es richtete sich wiederum an Soldaten und Zivilbevölkerung. In ihm wurde auf die Sympathiestreiks der Arbeiter Bezug genommen, die wohl gut gemeint, aber zu verurteilen seien. Es wurde dringend dazu aufgefordert, die Arbeit in den Betrieben sofort wieder aufzunehmen. Auch die in die Betriebe kommandierten Soldaten sollten ihre Tätigkeit sofort wieder beginnen. Unterzeichnet war dieses Flugblatt vom Soldatenrat und von der Kartellkommission.

Am selben Tage fand eine stark besuchte Versammlung der streikenden Arbeiter im „Hansatheater" statt, die den Bericht über die tags vorher im Gewerkschaftshause stattgefundene Versammlung der Arbeiter-Ausschüsse, des Soldatenrates und der Kartellkommission entgegennahm. In dieser Versammlung wurden — namentlich von „unabhängiger" Seite völlig unbegründete Angriffe gegen die Genossen Stelling und Bromme gerichtet, wegen ihrer Reden, die sie zwei Tage vorher in einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins über das Thema: „Zwischen Krieg und Frieden" gehalten hatten. Nach mehrstündiger, vielfach recht unerquicklicher Aussprache wurde beschlossen, einer für Freitag, den 8. November einberufenen Versammlung des Gewerkschaftskartells und der Arbeiter-Ausschüsse folgende Forderungen zu empfehlen:

1. Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes in Lübeck für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen.
2. Einführung der achtstündigen Arbeitszeit.
3. Schaffung einer Arbeitslosenunterstützung.
4. Sofortige Beschlagnahme aller Lebensmittel.
5. Regelung der Arbeitsverhältnisse.

Gleichzeitig beschloß die Versammlung die Arbeit wieder aufzunehmen.

Inzwischen war es gelungen, die Matrosen zum Abzug aus Lübeck zu bewegen, weil eine so große Zahl unvorhergesehenes Gäste — es waren an die 500 — nicht mit Lebensmittel versorgt werden konnte. Die Matrosen wandten sich teils nach Mecklenburg, teils nach Berlin.

Während dieser Tage hatte auch in Hamburg die Bewegung festen Fuß gefaßt. Nur mit dem Unterschied, daß dort die linksradikalen Elemente die Führung zunächst in die Hand bekommen und sowohl die Gewerkschaften als auch die alte Partei beiseite gedrängt hatten. Dort war auch viel Blut geflossen. Um näheres darüber zu erfahren, wurden tags darauf die Genossen Roß und Rockien nach Hamburg entsandt.

Auch im Reiche machte die Bewegung inzwischen Fortschritte, wie aus den telegraphischen Meldungen hervorging.

Am Freitag, 8. November, erließ der Soldatenrat wieder eine Anzahl Kundgebungen. Die erste: „Ein Zurück gibt es nicht mehr!" überschrieben, war besonders wichtig. In ihr wurde darauf hingewiesen, daß bei dem Generalgouverneur in Kiel im Beisein des Staatssekretärs Haußmann und des Abgeordneten Noske als Erfolge erzielt worden seien, daß die Forderungen der Soldaten bei der Regierung durchgesetzt wurden, daß ferner alle gegen die Bewegung gerichteten militärischen Maßnahmen sofort abgebrochen würden und endlich, daß die Flotte einlaufen dürfe.

Ferner sollten unter Mitwirkung des zu bildenden Arbeiterrates die Akten der noch in Haft befindlichen Matrosen geprüft und über deren Freilassung — mit Ausnahme der wegen unehrenhafter Handlungen Verurteilten — entschieden werden. In einer zweiten Kundgebung wurde vor dem unnötigen Abheben der Spargelder von den Banken und Sparkassen gewarnt. Ferner wurde mitgeteilt, daß außer Kiel, auch Hamburg, Wilhelmshaven, Flensburg, Rendsburg, Eutin, Ratzeburg, Schwerin, Danzig, Leipzig, Bremen und Stuttgart sich der Bewegung fest angeschlossen hätten. Weiter wurde allen jugendlichen Personen beiderlei Geschlechts

---

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

29. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Wieder traten die Kellner in langer Reihe durch die Tür, die sich gerade hinter ihm befand. Der dritte Gang bestand in Filet à la jardinière. Er nahm etwas, um nicht fortwährend seinen weißen Teller anstieren zu müssen. Doch nach einigen Bissen stieß er voll Ekel den Teller zurück.

Dann starrte er zu dem Berliner Geheimrat hin. Der hatte gierig sein breites Fischmaul aufgerissen, als wenn er schon nach einem Orden schnappte.

Bald werde ich ja auch Beamter sein, dachte Horstmann. Regierungs- und Baurat. Wie habe ich mich danach gesehnt! Und was ist es im Grunde für ein Dreck! Habe ich den Staat nötig? Aus eigener Kraft habe ich mich zu dem gemacht, was ich bin, und brauche keinen Bauherrn über mir.

In diesem dumpfen Trieb der Rebellion verwünschte er seine ganze Schwachheit. Warum hatte er dem Staat die Brücke geschenkt? Wenn er Hunderttausend daran verdient hätte, wäre das ein besserer Lohn gewesen als lumpige Orden und Titel. War er nicht der erste Eisenbahningenieur auch ohne das?! Wenn jetzt der Minister aufstände, um ihn in seinem „Sanften-Heinrichs"-Ton die Ernennung mitzuteilen, und er würfe ihm den Bettel vor die Füße: „Nenne ich nicht, Herr Minister! Ich bin Gustav Horstmann, bin mehr als die ganze Bagage zusammen. Diese ganze Dreckgesellschaft, die hiers Maul vollnimmt und, wenns drauf ankommt, die Hosen vollmacht vor Angst, Herr Minister!..." Er mußte beinah laut lachen, wenn er sich den Eindruck vorstellte, wie diese Bombe da unter die Ehrengäste zerplatzen würde, mit fürchterlichem Gestank. Da würde manch einer sich die Nase zuhalten und nicht wissen, wohin gucken!

„Aber Gott verdamm mich, warum fängt man denn nicht an?" dachte er plötzlich. Eine dunkle Blutwelle schoß ihm mit solcher Macht gegen sein Hirn, daß sein Bewußtsein einen Augenblick umnebelt war. Fangt an! Fangt an! schrie's in ihm.

Er lehnte sich mit heftiger Bewegung zurück, um seinen Kopf von dem Blutandrang zu befreien. Doch als wenn seine Gedanken wie wildgewordene Pferde durch seinen Kopf stürmten, stellten sich in verworrener Folge die verschiedenartigsten Erinnerungen ein. Und zwischen all dem klang Stimmengewirr, Klappern von Messern, Gabeln und Gläsern.

Aber auf einmal wars lautlos still. Eine Art Grabesstarrheit legte sich über den Saal. Alle Herzen blieben stehen vor Erwartung. Das lautlose Flammen der vielen Kerzen, das Glitern des Silbers, das leise Schaukeln des Weins in den Gläsern schien noch wie verbotener Lärm. Als jetzt ein Docht knisterte, zuckte Horstmann zusammen, als wenn ein Nerv in ihm zerrissen wäre. Lautlose Stille — nur ganz fern klang das weiche Gesäusel einer dünnen, klanglosen Stimme. Horstmann beugte sich vor — der Augenblick war da, die große Minute, die ihm Sühne brachte für so viel Schmach! Sein Mund war trocken, seine Zähne klapperten, ihn fror, ihn fror bis ins Mark der Knochen, als hätte man ihn in einen Eiskeller gesetzt. Gleich Leichen, ohne Blut, ohne Bewegung saßen die schwarzgekleideten Menschen ihm gegenüber. Er horchte — warum hörte er nichts? Die Stimme war so dünn, die Schallwellen erstarben, ehe sie ihn erreichten.

Und auf einmal war der Gedanke da: Wie, wenn du übergangen würdest? Wenn dein Name nicht genannt würde?... In der nächsten Sekunde war das keine Vermutung mehr, sondern Gewißheit. Ja, dein Name wird nicht genannt! Dein Verdienst wird übergangen!! Dich schweigt man tot!!!

Aschgrau geworden, mit verzerrtem Gesicht lauschte er. Und da vernahm er deutlich die Worte:

„Des Kaisers und Königs Majestät, welchem wir soeben für die huldvolle Förderung dieses Werkes unsern ehrfurchtsvollen Dank darbrachten, haben auch des heutigen Tages mit besonderer Gnade gedacht und aus Anlaß der Weihe der Juringer Brücke mehrere Auszeichnungen verliehen. Es gereicht mir zu besonderer Ehre und Freude, der Versammlung zu verkünden, daß Seine Majestät der Kaiser dem....."

Der Minister holte neuen Atem und weidete sich an den vor Neugier und Erwartung wie gefolterten Gesichtern. Für ihn waren das die wenigen süßen, gottähnlichen Momente in einer Existenz voller Plackereien. Dann fuhr er mit sanftem Lächeln fort:

„Dem obersten Leiter des Baues, Herrn Geheimen Baurat Betke, den königlichen Kronenorden zweiter Klasse und dem Direktor des Eisenwerkes..."

Aber er stockte, diesmal widerwillig, und folgte den Blicken seiner Umgebung, der ganzen Tafel, die sich alle mit Schrecken nach einer aufgerichteten Gestalt hinwandten, die da unten ganz einsam am untern Ende der Tafel sich erhoben hatte, wie ein Riese alle überragend, mit gelbgrauem Gesicht, aber in ihrer trotzigen Haltung einem empörten Titanen gleich.

Der Minister stockte, wurde verlegen, hüstelte, fuhr sich über die Augen, als wenn er nicht gut sähe. Dann hüstelte er lauter, und seine Miene drückte große Verwunderung, ja Entrüstung aus. Aber als die Gestalt stehen blieb, fuhr er fort zu sprechen, leise, hastig, die verschiedenen Orden aufzählend, von der zweiten Klasse zur dritten, zur vierten heruntersteigend, bis zu den Verdienstmedaillen, die an Arbeiter verliehen waren.

Aber als er nun das Glas ergreifen wollte, da erhob der empörte Titan unten am Tisch seine Faust und ließ sie mit einem Donnerschlag niedersausen, daß die Damen aufkreischten, und die Gläser zu Boden prasselten wie reife Pflaumen. Und mit einer Stimme, die Trommelwirbel übertönt hätte, schrie Horstmann drohend die Hand ausstreckend zum Vertreter des Staats, der gesellschaftlichen Ordnung, zu allen denen, die da oben saßen in seiner heiligen Nähe:

„Kanaillen, ihr ... verfluchte! ... Betrüger!! ... Saubunde!! ..."

Dann stolperte er hinaus, und die Tür fiel wie ein Donnerschlag hinter ihm ins Schloß.

VIII

Zum erstenmal seit mehr als einem Vierteljahr strahlte wieder heller Lichtschimmer aus den Fenstern des Horstmannschen Hauses. Eine Gesellschaft von etwa zwanzig Leuten, größtenteils aus Annas nächsten Bekannten und einigen jungen Künstlern zusammengesetzt, hatte sich in der Dämmerstunde zu einer Art „five o'clok tea" bei ihr versammelt. Ein junger Komponist, Oberstadt, der Anna von Holleder als äußerst talentvoll empfohlen war, sollte einige seiner Kompositionen vorspielen. Deshalb — so hieß es wenigstens — war man zusammengekommen.

Aber seit beinahe einer Stunde stand der Musiker mit seiner Notenmappe im Zwielicht des Fensters und starrte mit begehrlichen Blicken den schwarzpolierten Flügel an. Die Frau des Hauses hatte ihn zuerst auf die liebenswürdigste Weise begrüßt, aber erschrocken über sein barockes Aeußere, das demjenigen eines bärbeißigen Polizeiwachtmeisters glich, mit gesträubtem Schnurrbart unter einer roiglühenden Nase, zurückgestoßen von seinem vor Verlegenheit groben Wesen, das an die Kneipe mahnte, hatte sie sich hastig umgedreht und ihn stehen lassen. Nun spielte er den Statisten, bald das rechte, bald das linke Bein vorschiebend, und nachdem er sich bis zum Ueberdruß seine Sonate hatte durch den Kopf gehen lassen, begann er mit hypochondrischem Grimm die Gesellschaft zu beobachten. Sie waren ihm fast alle bekannt, wenigstens dem Ansehen und dem Klatsch nach, den er über sie gehört hatte.

Oberstadt selbst war ein Düsseldorfer Kind, der Sohn eines pensionierten Majors. Nachdem er mehrere Jahre in Berlin gestrebt und das Ziel, sich einen Namen zu machen, beinah erreicht hatte, war ihm das Geld ausgegangen. Er mußte nach Düsseldorf, in den ehemaligen Frondienst des Noteneinpaukens und Falsche-Töne-Anhörens zurückkehren, spielte jetzt das entgleiste Genie, litt an Größenwahn, bekneipte sich täglich und war im übrigen eine Klatschbase.

Fortsetzung folgt.

unter 10 Jahren nach 8 Uhr abends der Aufenthalt auf den Straßen untersagt.

Am Abend vorher hatte, um dieses Zwischenspiel nicht zu vergessen, der Rechtsanwalt Bienert mit Hilfe von Soldaten 34 Gefangene aus dem Marstallgefängnis befreit. Es wurde mitgeteilt, daß er daraufhin heute, am 8. November aus der Liste der Anwälte und Notare gestrichen sei.

Abends 8 Uhr trat das Gewerkschaftskartell zusammen. Der Bericht von der Versammlung im „Hansatheater" wurde lebhaft besprochen und die Forderungen entgegengenommen. Genosse Mehrlein, der von einer in Berlin stattgefundenen Tagung des Bureauangestellten-Verbandes zurückgekehrt war, schilderte seine Erlebnisse auf der Fahrt über Hamburg, wo er Augenzeuge des Angriffs der Wandsbeker Husaren auf den Bahnhof gewesen sei. Hamburg sei jedoch fest in der Hand der Revolution. Die Abgeordneten Haase und Hermann Müller seien dort anwesend.

Während dieser Ausführungen erschienen Abgesandte des Soldatenrates in der Versammlung und forderten zur sofortigen Bildung eines Arbeiterrates auf, der noch in der Nacht mit dem Soldatenrat zusammentreten müsse. Wegen der fortgeschrittenen Zeit — es war bereits 11 Uhr nachts — wurde jedoch zunächst nur ein engerer Ausschuß des Arbeiterrates gewählt. Er setzte sich zusammen aus den Genossen: Wilh. Beck, Bromme, Heinrich Ehlers, Haut, Holtei, Ketelhohn, Maaß, Mehrlein, Mißbach, Rocksien, Roß und Thies. Zu Ersatzmännern wurden die Genossen Alwert, Denkewitz, Fischer, Henze, Knapp, Krecker, Lorenz, Steen, Stelling und Thomas bestimmt. Da Ketelhohn tags darauf in den Arbeiterrat des Fürstentums Lübeck gewählt wurde, trat an seine Stelle Genosse Knapp.

Nachts 2 Uhr fand die erste Sitzung mit dem Soldatenrat im „Hotel International" statt. Welch sonderbare Käuze sich unter den Mitgliedern des Soldatenrates befanden, zeigt u. a. die Tatsache, daß ernsthaft die Absendung einer Depesche an Hindenburg verlangt wurde, unter keinen Umständen einen Fuß deutschen Landes abzutreten. Erst als wir dem entgegenhielten, daß dann auch der Zuzug nach der Front nicht gehindert werden dürfe, zog der Antragsteller sein Telegramm zurück.

Am nächsten Tage, dem 9. November, erschien in der Presse die Mitteilung von der Bildung des Arbeiterrates und dessen erste Proklamation. Gleichzeitig wurde die Beschlagnahme aller Schußwaffen angeordnet. Zum amtlichen Organ des Soldaten- und Arbeiterrates — wie er auf Verlangen der Soldaten genannt werden mußte — wurde der „Lübecker Volksbote" bestimmt.

Am gleichen Tage erreichte uns die Kunde von der Abdankung Wilhelms II. und der Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung durch den Reichskanzler Genossen Ebert.

Im „Hotel International" war ein fortwährendes Kommen und Gehen. Es glich einem Heerlager. Alle Räume erwiesen sich als zu eng. Deshalb wurde beschlossen, das an der Hüxtertor Allee gelegene, bisher als Offizierskasino benutzte Regimentshaus als Geschäftslokal des Soldaten- und Arbeiterrates zu benutzen. Am Sonntag, dem 10. November, wurde dorthin übergesiedelt.

Noch am 9. November wurden Mehrlein und Rethfeldt nach Kiel entsandt, um womöglich Noske zu bewegen, nach Lübeck zu kommen, oder zum mindesten eingehende Richtlinien einzufordern. Auch der Senat beschäftigte sich an diesem Tage mit der Umwälzung und richtete einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem er seinerseits die Bewohner zu Ruhe und Ordnung ermahnte und es als Pflicht der Behörden erklärte, den neuen Bestrebungen ihre Mitwirkung zu leihen. Ferner bildete sich an diesem Tage ein „Rat der vereinigten Berufe", der ebenfalls seine Bereitwilligkeit erklärte, die Staatseinrichtungen der neuen Zeit anpassen zu helfen und in wirtschaftlichen Fragen mit dem Arbeiterrat zusammenwirken zu wollen.

Am Abend des 9. November trat dann die erste Vollversammlung des Arbeiterrates zusammen, in welcher der Vorsitzende, Genosse Rocksien, zunächst Bericht über den Verlauf der Ereignisse in Lübeck und über die getroffenen Maßnahmen erstattete. Man habe folgende Abteilungen gebildet:

Verwaltung und Polizei: Genosse Mehrlein.
Arbeits- und Lohnangelegenheiten: Genosse Heinrich Ehlers
Ernährung, Heizung und Beleuchtung: Genosse Haut.
Verkehrswesen: Genosse Rocksien.
Justizwesen: Genosse Roß.
Abteilung Kasse und Presse: Genosse Bromme.

Genosse Salomon forderte, die Bürgerschaft sofort um die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes für alle über 21 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts zu ersuchen.

Genosse Roß war der Meinung, daß die alte Verfassung außer Kraft zu setzen sei. Genosse Lorenz warnte vor allzu scharfem Vorgehen. Weiter wurde über die Verhandlung mit dem Rat der vereinigten Berufe berichtet. Beschlossen wurde, eine Eingabe an den Senat zu richten, sofort eine Vorlage auf Einführung des allgemeinen Wahlrechtes auf Grundlage des Verhältniswahlsystems vorzubereiten, für die Unterstützung der Arbeitslosen und Schaffung eines Arbeitsamtes einzutreten, im übrigen aber vor Inangriffnahme weiterer Maßnahmen, die Rückkehr Mehrleins aus Kiel und die Entwicklung der Dinge im Reiche abzuwarten. Genosse Knapp trat noch für die Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien ein, wozu ihn die Arbeiter der L. M. G. aufgefordert hätten. Es wurde deshalb noch beschlossen, Einigungsverhandlungen zwischen beiden Parteien anzubahnen. (Diese haben dann auch stattgefunden, scheiterten aber an der ablehnenden Haltung der Delegierten von der U. S. P. D. R.)

Am darauf folgenden Dienstag, am 12. November, wurde der Umschwung der Machtverhältnisse durch eine Flaggenparade der Lübecker Garnison gekrönt. Mit klingendem Spiel zog diese nach dem Marktplatze und zwar unter Vorantragung der 50 Jahre alten Fahne der sozialdemokratischen Partei. Vom alten Rathause herab wehten die roten Flaggen. Von einer Tribüne aus sprach der Vorsitzende des Soldatenrates Wehrmann Zeitz — der vier Wochen später einen ziemlich unrühmlichen Abgang aus Lübeck nehmen mußte — und der Genosse Mehrlein. Dieser wies darauf hin, daß die Herrlichkeit des deutschen Militarismus, zu dem das deutsche Bürgertum wie zu einem Götzen bewundernd aufgeblickt habe, wie morscher Zunder in sich selbst zusammengebrochen sei. Jetzt gelte es, auf freiem Grunde mit freiem Volke ein neues, gerechtes und besseres Deutschland aufzubauen, das nicht mehr auf Klassenherrschaft, sondern auf Gleichberechtigung aller schaffenden Stände ruhe.

An diesem Aufbau arbeiten wir heute noch. Es ist bekannt, wie viele und schwere Hindernisse ihm von inneren und äußeren Feinden bereitet worden sind. Aber schließlich wird doch die Vernunft der denkenden Arbeiter auch diese Herkulesarbeit zustande bringen.

Damit will ich meine Erinnerungen an die stürmischen Tage des Vorjahres schließen. Es kann nicht meine Aufgabe sein, in einem Erinnerungsartikel die ganze Geschichte des Lübecker Arbeiter- und Soldatenrates zu schreiben. Vielleicht kann ich das bei einer späteren Gelegenheit in Broschürenform einmal nachholen.

Die Kriegsleiden des Kronprinzen.

Unserem Karlsruher Parteiblatt, dem „Volksfreund", wird geschrieben:

In dem Brief, den der ehemalige deutsche Kronprinz an seinen einstigen Ordonnanzoffizier v. Rechberg schrieb, findet sich ein Satz, der folgendermaßen lautet:

„Sie können sich schwer einen Begriff davon machen, was ich in den letzten Jahren des Krieges unter der Erkenntnis dieser Verhältnisse gelitten habe."

Ich muß gestehen, daß sich meine Menschenkenntnis wieder um ein Kapitel vermehrt hat. Ich hatte gleich anderen ebenfalls Gelegenheit, den ehemaligen Kronprinzen anläßlich einer mehrmonatigen Abkommandierung ins Große Hauptquartier genauer zu beobachten und mit ihm einen Teil seiner damaligen Umgebung, die ein eigenartiges Leben beliebte. Ihr Beispiel wiederum wirkte ansteckend nach unten hin, wenn auch in kleineren Ausmaßen, so doch in unendlich vielen Fällen. Der pflichtbewußte Teil der Soldaten, welche damals in jener Gegend lagen, biß oft in ohnmächtigem Zorn und in tiefster Verachtung die Zähne zusammen über die Maitressenwirtschaft von Dom le Mesnil. Kam es doch vor, daß ein Feldwebel an letztgenanntem Orte, welcher diese Art von „Trauer" etwas sonderbar fand und in durchaus gemäßigter Weise seiner Meinung Ausdruck gab, zuerst eingesperrt und dann schleunigst weiter nach Westen versetzt wurde. In der Maitressenwirtschaft eines Teiles der Offiziere des damaligen Großen Hauptquartiers war die vielgerühmte preußische Einfachheit gründlich zum Teufel gegangen.

Auch bezüglich der Ernährungsweise im Kasino des Großen Generalstabes konnte man eine merkwürdige Auffassung der Dinge beobachten. Die Mahlzeiten waren damals derartig reichhaltig in Qualität und Quantität geworden, daß Falkenhayn verschiedene Male — zu seiner Ehre sei es gesagt — eingriff und den Küchenzettel, besonders für die Abendmahlzeiten, schmälerte. Die berühmten Donnerstagabende, denen der vernünftigere Teil der Offiziere des Großen Generalstabes meistenteils fern blieb, erreichten in der Regel zu später Nacht eine solche Höhe der Stimmung, daß man glauben konnte, Tollhäusler hausen im zweiten Stock des linken Flügels der Präfektur.

Eine besondere Meierei in der Nähe von Mezieres lieferte tagtäglich eine Menge Milch und Butter an das Kasino des Großen Generalstabes ab. Außer der Butter, deren Verbrauch gegen Bezahlung jedem einzelnen Offizier im Kasino und auf dem Bureau zu den Kaffeepausen in Menge freistand, konnte jeder der Herren damals allwöchentlich mehrere Pfund Butter durch die genannte Meierei erwerben und nach Deutschland an seine Familie senden. Das gleiche war mit Reis und Hülsenfrüchten aus Marketendereibeständen der Fall. Daß manche der Offiziere einen übermäßigen Gebrauch von dieser Einrichtung machten, ist feststehende Tatsache; so auch ein zum Chef der Luftstreitkräfte kommandierter Oberleutnant an seinen Herrn Papa, einen preußischen Minister. Viele Offiziere ließen aus den so erworbenen Beständen von Butter usw. ihren jeweiligen Maitressen durch die Burschen ins Haus bringen. Mir ist ein Fall bekannt, wo sich ein Offiziersbursche freiwillig zur Front zurückmeldete, um das Treiben des Generalstabshauptmannes, zu dem er kommandiert war, nicht länger mit ansehen zu müssen.

Das von oben gegebene Beispiel war es, welches demoralisierend nach allen Richtungen hin wirkte und bedeutend mehr zum moralischen Zusammenbruch des deutschen Heeres hinter der Front, in der Etappe beitrug, als dies die schärfste Agitation radikaler Elemente vermochte. Kamen dann die Fronttruppen zur Ruhestellung in die Etappe und wurden dort eine Zeitlang zu Wachdiensten verwendet, dann wirkte das Beispiel dieser Etappenoffiziere, welche ja letzten Endes nur das Beispiel nachahmten, auf die von der Front kommenden Offiziere oftmals derart ein, daß dieselben ebenfalls außer Rand und Band gerieten. Die Verpflegungsbestände der Mannschaften wurden dabei in viel zu vielen Fällen nicht einwandfrei behandelt. Die Mannschaften wußten dies, ohne es unter den damals bestehenden Verhältnissen ändern zu können. Gerade der Umstand daß ein großer Teil der **Offiziere der ständigen Etappentruppen aus dem Vollen lebte,** während die Mannschaften oftmals nicht wußten, wie sie ihren Hunger stillen sollten, wirkte aufreizend.

Diese Mißstände und der Umstand, daß es **drei Arten von Offizieren** an der Front gab, von welchen die erste Art mit den Mannschaften bis in den Graben ging, die zweite Art nur bis an die dicht hinter der Front liegenden Quartiere gelangte und die dritte Art dafür bekannt war, daß sie nur dann erschien und Reden hielt, wenn es galt, die Mannschaften zu etwas besonderem anzufeuern, trug zu wesentlicher Spannung bei und brachte die Stimmung der Mannschaften in Siedehitze. Besser als es je irgend ein Flugblatt an der Front vermocht hätte.

Jedes Ding hat seinen Spannungsbogen. Auch die seelischen Kräfte eines Menschen ertragen nur eine gewisse Belastung. Dann brechen sie zusammen oder aber schaffen sich, wenn der geeignete Augenblick kommt, in explosiver Weise Raum.

Einer dieser Explosionskörper bestand in der Wirtschaft eines Teiles der Offiziere und der ehemalige deutsche Kronprinz hat mit dazu beigetragen.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Mittwoch, 5. November.

Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich in den letzten Wochen mit dem Eintreten der ungünstigeren Jahreszeit verschlechtert. Die Zahl der Arbeitsuchenden betrug beispielsweise am 31. Oktober ds. Js. 882. Von diesen konnten an dem genannten Tage 86 Arbeitsgelegenheit erhalten. Unter den Arbeitsuchenden waren 507 männliche und 144 weibliche Personen. Von den männlichen Arbeitsuchenden entfielen 59 auf die Metallindustrie (davon erhielten am 31. Oktober 17 Arbeitsgelegenheit), 63 auf das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, 14 auf das Bäcker- und 10 auf das Schlachtereigewerbe, 130 waren Jugendliche, 307 ungelernte Arbeiter und 47 kaufmännische Angestellte. Die Zahl der letzteren ist in den letzten Wochen wiederum zurückgegangen. Verhältnismäßig günstig ist nach wie vor die Lage des Arbeitsmarktes für weibliche Arbeitsuchende. Angesichts der Zunahme der Arbeitslosigkeit werden auch die Bemühungen des Arbeitsamtes verstärkt werden, geeignete Arbeitsgelegenheit für die Beschäftigungslosen zu ermitteln und zu beschaffen.

Mit Speck fängt man Mäuse! Wir entnahmen kürzlich dem „Hamburger Echo" eine Notiz über die Auffindung eines Specklagers im Verbandshause des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Prompt, wie die Hamburger dem „Echo", so läßt uns auch die hiesige Ortsverwaltung eine Richtigstellung zugehen, die den Inhalt der inkriminierten Notiz so ziemlich bestätigt. Abgesehen davon, daß es sich nicht um Speckseiten, sondern um Speckstücke handeln soll, wird mitgeteilt, daß der Speck der „Hausküche des Verbandes" gehörte. Diese geben den Angestellten warmes Essen, und es entfällt „die Kleinigkeit von ¾ Pfund auf den Kopf der teilnahmeberechtigten Tischgäste", so schreiben die Schlemmer. Der Speck sei ordnungsgemäß „in einem Laden einer Stadt im besetzten Gebiet erworben" (so so!) und die Beschlagnahme habe nur zur Folge, daß die deutschnationalen Handlungsgehilfen nun nicht mehr Tischgäste in der Hausküche sein können, denn „es ist leider nicht möglich, ohne Fett zu kochen." Eine solche Hundekälte und dann noch fettlose Wochen! Wer hätte nicht Erbarmen mit den Armen!

Gegen die hohen Zündholzpreise. Die Zündholzindustrie-Gesellschaft m. b. H. gibt bekannt: Trotz des gesetzlich festgelegten Höchstpreises von 1,30 Mark für ein Paket = 10 Schachteln Zündhölzer werden den Verbrauchern immer noch höhere Preise abverlangt. Die Verbraucher können sich gegen derartige Ausbeutung nur schützen, wenn sie die Zahlung eines Preises über 1,30 Mark verweigern und die Verkäufer zur Anzeige bringen. Die Interessen-Vertretung der deutschen Zündholzindustrie, die Zündholzindustrie-Gesellschaft m. b. H. in Berlin W 50, Kurfürstendamm 229, verfolgt alle ihr gemeldeten Fälle auf gerichtlichem Wege.

Volksbildungskurse. Der 4. Zirkel, Leiter Paul Schmalfeldt, hat am Donnerstag, dem 6. November, abends 7½ Uhr, in der St. Jürgenschule, Kalandstraße, eine Besprechung aller Teilnehmer, Gäste sind willkommen. Die Kurse in Kücknitz sind bis auf weiteres im Gasthof zum Anker.

Verein für volkstümliche Naturkunde. In der Gruppe für Vogelkunde sprach am letzten Sonnabend Herr Bürgermeister Dr. Müller über eine Torpedofahrt auf der rumänischen Donau. Redner war während des Krieges Leiter der Paßzentrale in Rumänien gewesen und hatte als solcher mehrfach Gelegenheit, die Donau auf Dienstreisen zu befahren. In packenden Schilderungen wurden diese für den Vogelfreund als Eldorado geltenden Landstriche vorgeführt. Den Vortrag unterstützte eine große Reihe ausgezeichneter Lichtbilder, die nicht nur wundervolle Teleaufnahmen von in Deutschland sehr seltenen Vögeln, sondern auch die Typen der am Donauufer hausenden Völkerstämme zeigten. Auch auf Hausbau und Tätigkeit der Bewohner wurde eingegangen. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Besonders das Schlußwort: Daß es Deutschland gelingen möge, recht bald wieder Beziehungen zu diesem reichgesegneten Lande zu gewinnen, fand lebhafte Zustimmung.

2. Volkskonzert. Der ungewöhnlich große Erfolg, der dem ersten Volkskonzert beschieden war, dürfte auch dem zweiten Konzert am Donnerstag, dem 20. November, vorbehalten bleiben. Für den Abend ist die Lübecker Kammermusikvereinigung der Herren Professor Hofmeier, Szanto und Corbach verpflichtet. Die Künstler spielen zu Beginn und am Schluß des Konzertes zwei Trios von Haydn und Beethovenn für Klavier, Violine und Cello. Sodann kommen alle drei Herren auch solistisch zu Wort. Das Programm gibt auch diesmal wieder eine Einführung in die beiden Hauptwerke. Die Karten für den Abend sind bereits durch die einzelnen Organisationen in Umlauf gesetzt. Der Preis beträgt auch diesmal einschließlich Programm und Garderobe 1 Mk. Das Konzert findet im Gewerkschaftshause statt.

Hansa-Theater. Mittwoch und Donnerstag wird die reizende Wiener Operette „Hoheit tanzt Walzer" wiederholt, während am Freitag abend nochmals „Die Faschingsfee" in Szene geht. Am Sonnabend findet die Erstaufführung der großen Schlageroperette von Oscar Strauß, „Eine Ballnacht", statt.

Stadttheater. In der am Freitag in Szene gehenden ersten Aufführung von Cavalleria singt Frau Ludewig-Korte die Santuzza, Frl. Buchholz die Lola, Frl. Molnar die Lucia, Herr Rogland den Turridu und Herr Seiler den Alfio. In „Bajazzo" werden die Hauptpartien gesungen von Frau Kent-Rothaug und den Herren Waaner, Lilzewski und Habbig. Die Spielleitung führt Herr Direktor von Bongardt. Am Sonnabend wird die erfolgreiche Operette von Johann Strauß „Eine Nacht in Venedig" gegeben. Sonntag nachmittag 3 Uhr wird von der Plattdütschen Volksgill das Werk „Dad föfte Rad" zur Aufführung gebracht.

Arbeiterbewegung.

Vor einem Generalstreik in Braunschweig. In einer Arbeiterversammlung in Braunschweig, welche von über 4000 Personen besucht war, wurde, den „Braunschweiger Neuesten Nachrichten" zufolge, Montag abend eine Entschließung angenommen, worin der Metallarbeiterverband aufgefordert wird, dem Verein der braunschweigischen Metallindustriellen ein Ultimatum zuzustellen, dahingehend, daß bis zum 6. November sämtliche Arbeiter der Firma R. Büssing wieder eingestellt werden müssen, andernfalls werde im ganzen Freistaat Braunschweig am 7. November der Generalstreik proklamiert.

Ein Sympathiestreik der Werkstättenarbeiter der Berliner Straßenbahn. Etwa 1000 Arbeiter in den Hauptwerkstätten der Großen Berliner Straßenbahn haben Dienstag vormittag ihre Tätigkeit eingestellt. Nach einer Mitteilung der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn handelt es sich lediglich um einen Sympathiestreik im Anschluß an die Metallarbeiterbewegung. Störungen des Straßenbahnverkehrs sind angeblich vorläufig nicht zu befürchten.

Der internationale Gewerkschaftsbund an die russischen Gewerkschaften. Nach dem „Nieuwe Courant" richtete der Internationale Gewerkschaftenbund an die Gewerkschaftszentralen in Petersburg, Moskau und Odessa ein Schreiben, worin er um Auskunft über Verfassung, Entwicklung und Kampf der russischen Gewerkschaftsbewegung bittet. In dem Schreiben heißt es: „Dies will der erste Schritt zur internationalen Zusammenarbeit der russischen Arbeiter mit den Kameraden der anderen Länder sein. Unserseits versprechen wir Euch die Unterstützung von 18 Millionen an unseren internationalen Bund angeschlossener Arbeiter."

Handel und Industrie.

Sodamangel und Bekleidungsindustrien. Ein deutscher Textilindustrieller fällte gegenüber einem Mitarbeiter der „Ch. W. K." über die Wirkungen des Kohlen- und Sodamangels auf die Textilindustrie folgendes Urteil: Zurzeit werden zwar große Mengen von Baumwolle eingeführt, um die überaus schwierige Frage der Volksbekleidung zu erleichtern. Die Soda zur Weiterverarbeitung dieser Baumwolle kann jedoch nicht bereitgestellt werden. Durch Streckung der natürlichen Faser mit Stapelfaser könnte die Erzeugung von Textilwaren ganz erheblich vermehrt werden. Die Stapelfaserfabriken können aber aus Mangel an kaustischer Soda (Sodastein) nur mit einem Bruchteil ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten. Unsere gewaltige Textilindustrie könnte, wie übrigens bereits vorstehend dargetan, eine viel größere Anzahl von Menschen beschäftigen, wenn die erforderlichen Sodamengen zur Verfügung ständen. Von dieser Industrie ist wieder abhängig die Bekleidungsindustrie, welche überhaupt keine Kohle benötigt. Aehnlich wie in der Textilindustrie gibt es noch eine ganze Anzahl Industrien, die betriebsnotwendig auf Soda in großem Umfange angewiesen sind, jedoch auch verhältnismäßig geringen Kohlenkonsum haben. So könnte, um einige Beispiele zu nennen, bei stärkerer Belieferung mit Soda die Gerbstofferzeugung vermehrt werden, was der Gerberindustrie und somit wieder den Leder verarbeitenden Industrien, insbesondere der Schuhindustrie, welche im wesentlichen keine Kohle benötigen, zugute kommen würde.